Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/3468

07. 12. 79

Fragen

für die Sitzungswoche des Deutschen Bundestages

vom 10. Dezember 1979

	Seite

Buchdruckerei P. Meier GmbH, 5205 Sankt Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) 61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 5300 Bonn 2, Postfach 200821
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel. (02221) 363551

Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Bahner** (CDU/CSU)

Gibt es eine Bundeskanzleräußerung vor einem Gremium der Exekutive (möglicherweise einer Montagsrunde der Staatssekretäre), die sinngemäß eine restriktivere oder zumindest vorsichtigere Behandlung von weiterem Personalstellenausbau bei in Berlin residierenden Bundesbehörden fordert?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

2. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die von Bundeskanzler Schmidt geäußerte Vorstellung, daß im Rahmen der MBFR-Verhandlungen in Wien kein Land mehr als 50 v. H. der gesamten Landstreitkräfte des jeweiligen Bündnisses im Reduzierungsraum unterhalten darf?

3. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Sind für die Bundesregierung bei den MBFR-Verhandlungen in Wien noch die Prinzipien der Kollektivität und der Abschluß der Datendiskussion Grundlage, und gilt weiter der Grundsatz, daß „nationale Reduzierungsverpflichtungen gegenüber dem Warschauer Pakt oder Höchststärken für die nicht-amerikanischen direkten Teilnehmer an den Verhandlungen für die westlichen Bündnispartner unannehmbar seien", wie dies ursprünglich von der Bundesregierung erklärt wurde?

4. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die im MBFR-Reduzierungsraum stationierten Streitkräfte der Kernwaffengroßmacht Sowjetunion, deren Territorium außerhalb des Reduzierungsraums liegt, weder sicherheits- noch abrüstungs- noch allgemeinpolitisch verglichen werden können mit den Streitkräften des Nichtkernwaffenstaats Bundesrepublik Deutschland, dessen gesamtes Territorium innerhalb des MBFR-Reduzierungsraums liegt?

5. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)

Stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, daß sich die westliche MBFR-Politik nicht außerhalb des außenpolitischen und sicherheitspolitischen Kontextes verselbständigen darf, sondern dem objektiv unlöslichen Gesamtzusammenhang der deutschen und westlichen Friedens- und Sicherheitsinteressen eingeordnet bleiben muß?

6. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß dem geographischen Faktor (Nähe der Sowjetunion zum und Entfernung der USA vom MBFR-Reduzierungsraum) bei den Wiener Truppenabbauverhandlungen eine fundamentale sicherheits- und rüstungskontrollpolitische Bedeutung zukommt und daß gerade auch unter diesem Gesichtspunkt eine einwandfreie Einigung über die Ausgangsdaten etwaiger Reduzierungen sowie eine unverfälschte Verwirklichung der Prinzipien der Parität und der Kollektivität für die Bundesrepublik Deutschland sowie die politischen und militärischen Interessen des Westens unverzichtbar sind?

7. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die bei den Wiener Truppenabbauverhandlungen zwischen West und Ost abgesprochenen Zählkriterien – wie Bundeskanzler Schmidt Pressemeldungen zufolge angeregt hat – überprüft und neu definiert werden sollten, und daß in einem solchen Fall eine auf den neuesten Stand gebrachte umfassende Bestandsaufnahme aller sicherheitspolitisch relevanten Streitkräfte im vorgesehenen Raum eventueller Reduzierungen einschließlich der „Kampfgruppen der Arbeiterklasse der DDR" erforderlich ist?

8. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Sind nach Auffassung der Bundesregierung die wiederholten, zuletzt in der SPD-Bundestagsfraktion am 13. November 1979 vorgetragenen und dann veröffentlichten Überlegungen von Bundeskanzler Schmidt „Mir würde es vernünftig erscheinen, wenn Ost und West bei der Festlegung gemeinsamer Höchststärken gleichzeitig regeln würden, daß kein Staat im östlichen oder westlichen Teil des Reduzierungsraums mehr als 50 v. H. der dort vorhandenen Truppen haben sollte" vereinbar mit den Ausführungen der Bundesregierung in ihrer Antwort vom 16. Februar 1979 auf die Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion „Nationale Reduzierungsverpflichtungen gegenüber dem Warschauer Pakt oder Höchststärken für die nichtamerikanischen direkten Teilnehmer sind für die westlichen Bündnispartner unannehmbar"?

9. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, daß die Einführung der von Bundeskanzler Schmidt angeregten 50prozentigen Regel das für die deutsche und westliche MBFR-Politik grundlegende Prinzip der Kollektivität durchbrechen und damit der Sowjetunion eine Grundlage für einen Mitspracheanspruch der Sowjetunion über die europäische Verteidigungsstruktur und das westliche Sicherheitssystem bieten würde und deshalb in den MBFR-Verhandlungen von westlicher Seite weder eingeführt noch akzeptiert werden darf?

10. Abgeordneter **Höpfinger** (CDU/CSU)

Wie hoch ist der Gesamtbetrag, den die Bundesregierung jeweils in den Jahren von 1970 bis 1978 sowie während des laufendes Jahrs 1979 als Zuschuß ausgegeben hat für Aktionen wie Kultur- und Begegnungswochen und ähnliche Veranstaltungen, die Städte und Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland mit Patenstädten außerhalb des Bereiches der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt haben?

11. Abgeordneter **Schwarz** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung unternommen, um das Inkrafttreten des sogenannten Chlorid-Abkommens vom Dezember 1976, mit dem die Belastung des Rheins durch chloridhaltige Abwässer verringert werden sollte, sicherzustellen, und was gedenkt sie nach der jüngsten Entscheidung Frankreichs, das Abkommen nicht zu ratifizieren, zu unternehmen, um endlich zu einer wirksamen „Rheinentsalzung" zu kommen?

12. Abgeordneter **Schwarz** (CDU/CSU)

Worauf führt die Bundesregierung es zurück, daß die Durchsetzung des von ihr jahrelang optimistisch als Lösung des Rhein-Salzproblems angesehenen Chlorid-Abkommens gescheitert ist?

13. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, ausländische Staatsoberhäupter, die es sich mangels genauerer Kenntnisse der Verhältnisse angewöhnt haben, in offiziellen Staatstelegrammen nach Ost-Berlin vom „Volk der Deutschen Demokratischen Republik" zu sprechen, in geeigneter Form darauf hinzuweisen, daß es nur ein deutsches Volk gibt?

14. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung den Wahrheitsgehalt der Mitteilung von Arnold Ebering in der DDR-Wochenzeitung „Horizont" Nr. 37/1979, Seite 5, in Zusammenhang mit der Diskussion im UNO-Komitee über die Beseitigung der Rassendiskriminierung über den fünften periodischen Bericht der Bundesregierung bestätigen, in der es heißt, „Der anwesende Vertreter der BRD kam bei diesen kritischen Bemerkungen der Komiteemitglieder in Schwierigkeiten, nahm die NPD in Schutz und wollte allen Ernstes Teile des Programms der NPD verlesen, was ihm der Komitee-Vorsitzende jedoch untersagte", oder wenn dies nicht stimmt, wird die Bundesregierung eine Berichtigung dieser Falschmeldung verlangen?

15. Abgeordneter **Westphal** (SPD)

Ist der Bundesregierung die Äußerung eines Teilnehmers der Talkshow „Drei nach Neun" der Nordkette am 16. November 1979 bekannt, mit der der Ministerpräsident des befreundeten Staates Israel beleidigt wurde, und ist sie – falls noch nicht geschehen – bereit, zu diesem, die deutsch-israelischen Beziehungen belastenden Vorfall Stellung zu nehmen?

16. Abgeordneter **Neumann (Bramsche)** (SPD)

Kann die Bundesregierung die Meldung bestätigen, wonach der Chef des indonesischen Sicherheitsdienstes, Oberst Sugama, angekündigt hat, Indonesien werde bis 1984 eine Million Chinesen, die die Staatsangehörigkeit der Volksrepublik China besitzen, abschieben?

17. Abgeordneter **Neumann (Bramsche)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang die mit deutschen und europäischen Mitteln ausgestatteten Hilfsorganisationen in Kambodscha die dort angelieferten Hilfsgüter verteilen können?

18. Abgeordneter **Neumann (Bramsche)** (SPD)

Kann die Bundesregierung Meldungen bestätigen, daß das Internationale Rote Kreuz und UNICEF in Kambodscha nur etwa 10 v. H. der Hilfsgüter verteilen konnte und jetzt Zelte zur Lagerung der Hilfsgüter in Kambodscha angefordert hat, während die Menschen Hunger leiden?

19. Abgeordneter **Neumann (Bramsche)** (SPD)

Wie und in welchem Zeitabstand überprüft die Bundesregierung den Einsatz der an nationale und internationale Hilfsorganisationen vergebenen finanziellen Mittel bei der Kambodschahilfe?

20. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Waren die Gespräche mit dem sowjetischen Außenminister insofern „fruchtbar" und „nützlich", als es in irgendeinem Gesprächsbereich zur vollen Übereinstimmung kam, insbesondere im Bereich der Abrüstungspolitik, der Berlinfrage, der deutschen Einheit in Freiheit, der Anhebung der rückläufigen Zahl von Ausreisegenehmigungen für Deutsche, der kulturellen Rechte für Deutsche in der Sowjetunion, der Kriegsgräberfürsorge usw.?

21. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung die Rechtsauffassung anderer Vertragsstaaten zu Artikel II Buchstabe e der Völkermordkonvention bekannt, und hat sie selbst eine Auffassung über die Auslegung der Tatbestandsmerkmale (außer dem Hinweis auf Kommentare zum § 220 a Abs. 1 Nr. 5 des Strafgesetzbuches), die für ihre diesbezüglichen Vertragsverpflichtungen maßgeblich sind?

22. Abgeordneter **Jaunich** (SPD)

Hat die Bundesregierung Kenntnis davon, daß der Nixdorf-Konzern neben anderen bundesdeutschen Firmen im Präamazonasgürtel Brasiliens riesige Landgebiete aufgekauft hat und 300 Kleinbauerfamilien, die bereits mehr als zwanzig Jahre auf diesem Land gelebt haben, nun dieses Land verlassen müssen, und sieht sie eine Möglichkeit, dieses Verhalten zu unterbinden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

23. Abgeordneter **Flämig** (SPD)

Erwägt die Bundesregierung, nachdem sie in ihrem jüngsten Bericht über die Umweltradioaktivität darauf hinweist, daß die Bevölkerung im wesentlichen durch die medizinische Anwendung ionisierender Strahlen und radioaktiver Stoffe künstlichen Strahlen ausgesetzt sei, die Einführung eines Strahlenpasses, in dem alle künstlichen Strahlenexpositionen bei Berufstätigkeit, Besuchen in Kernanlagen oder bei strahlenmedizinischen Behandlungen eingetragen werden?

24. Abgeordneter **Flämig** (SPD)

Würde nach Auffassung der Bundesregierung die Einführung eines Strahlenpasses dazu beitragen, breiten Bevölkerungskreisen die Problematik der Belastung durch künstliche radioaktive Strahlung bewußt zu machen und gleichzeitig verhindern zu helfen, daß einzelne Bürger einer höheren Strahlendosis pro Jahr ausgesetzt werden, als nach der Strahlenschutzverordnung zulässig ist?

25. Abgeordneter **Dr. Blüm** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, die laufbahnrechtlichen Bestimmungen für den Eintritt in den mittleren Dienst des Bundesgrenzschutzes so zu ändern, daß Hauptschüler mit abgeschlossener Berufsausbildung Bewerbern mit mittlerem Bildungsabschluß gleichgestellt werden?

26. Abgeordneter **Dr. Blüm** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Bewerber, die einen Hauptschulabschluß, eine abgeschlossene Berufsausbildung und eine Meisterprüfung vorweisen können, ebenfalls zunächst die mittlere Reife nachholen müssen und erst dann zum Polizeiwachtmeister ernannt werden können?

27. Abgeordneter **Gerster (Mainz)** (CDU/CSU)

Wie vereinbaren sich die Auskünfte des Bundesinnenministeriums an die Kommunen, die zunehmend Mehrzweckanlagen als Schutzräume bauen wollen, die Mittel des Bundes für den Schutzraumbau seien bis 1983 verplant, mit der Auskunft der Bundesregierung im Haushaltsausschuß des Bundestages bei den Haushaltsberatungen für das Jahr 1980, mit den vorgesehenen Mittelansätzen könnte allen Anforderungen Rechnung getragen werden?

28. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)

Welche Schutzvorbereitungen für die Zivilbevölkerung sind im Verantwortungsbereich der Bundesregierung bisher getroffen worden, um ähnliche Gasunfälle wie in Kanada wirksam bekämpfen zu können, und hat die Bundesregierung für die rasche und gefahrlose Evakuierung der Zivilbevölkerung gegebenenfalls eine genügende Anzahl Schutzmasken verfügbar, um diese an die gefährdeten Personen ausgeben zu können?

29. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung neueste Informationen (vgl. Badische Zeitung vom 19. November 1979), nach denen 25 der 26 französischen Druckwasserreaktoren Haarrisse an Rohrbodenplatten, an Druckbehälterstutzen und an Teilen der Reaktordeckelbefestigung aufweisen sollen, die durch die bisherigen Sicherheitsvorschriften und -berechnungen nicht erkannt werden konnten und die angeblich nicht zu reparieren sind, ohne den Reaktor abzuschalten und auseinanderzunehmen?

30. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Sorge, daß durch diese erst neuerdings erkannten Haarrisse der einstmals große Sicherheitsspielraum beim Betrieb von Kernkraftwerken aufgebraucht ist, und welche Schritte gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls gegenüber der französischen Regierung und zur Unterrichtung der deutschen Bevölkerung im Bereich grenznah stationierter französischer Kernkraftwerke (z. B. Fessenheim) zu unternehmen?

31. Abgeordneter **Bahner** (CDU/CSU)

Wie hoch ist die Gesamtzahl der Personalstellen aller in Bonn und der übrigen Bundesrepublik Deutschland (exclusive Berlin) angesiedelten Bundesbehörden im Jahr 1969 verglichen mit der Gesamtzahl der Personalstellen im Jahr 1978?

32. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Behindertensport stärker als bisher in die innerdeutschen und internationalen Sportbeziehungen einbezogen werden sollte, und ist die Bundesregierung bereit, durch eigene Förderungsmaßnahmen und durch Unterstützung der Sportorganisationen zur Erreichung dieser Ziele beizutragen?

33. Abgeordneter **Daweke** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung der von leitenden Polizeibeamten erstellte Bericht über die Flugzeugentführung und die anschließende Geiselnahme im Erpressungsfall Raphael Keppel (12. September 1979) bekannt, und wie steht die Bundesregierung zu der Behauptung dieses Berichts, wonach nahezu alle geltenden Vereinbarungen zwischen dem Bund und den Ländern bei der Abwehr terroristischer Gewaltakte verletzt worden sind?

34. Abgeordneter **Daweke** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Düsseldorfer Innenministeriums, wonach neben der Position des Polizeiführers als örtliche Einsatzleitungsbehörde gemäß den Dienstverordnungen künftig damit zu rechnen ist, daß es fiktiv auch die Rechtsfigur eines uneigentlichen Polizeiführers – womit wohl Persönlichkeiten wie der Staatsminister im Kanzleramt gemeint sein müssen – geben wird?

35. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung auch heute noch die Auffassung des Höcherl-Berichts „Bestehende und vertraute Führungs- und Meldestrukturen dürfen bei besonderen Sicherheitslagen nicht gestört werden", und wie wird sichergestellt, daß sich die Aktivitäten des Staatsministers Wischnewski bei der Flugzeugentführung zum Flughafen Köln/Bonn am 12. September 1979 bei einem künftigen ähnlichen Fall nicht wiederholen?

36. Abgeordneter **Krey** (CDU/CSU)

Erhält die Bundesregierung ihre Zustimmung zu der Feststellung des Höcherl-Berichts aufrecht, „die Aufgaben von politischen ‚Krisenkommissionen' und polizeilichen Führungsstellen sind klar voneinander abzugrenzen, dies gilt auch für die personelle Besetzung", und in welcher Weise gewährleistet sie, daß sich ein Eingreifen wie das von Staatsminister Wischnewski bei der Flugzeugentführung vom 12. September 1979 nicht wiederholt?

37. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Bleibt die Bundesregierung bei ihrer Zustimmung zur Forderung des Höcherl-Berichts, daß zur Bewältigung besonderer Sicherheitslagen die Arbeitsweise aller beteiligten Organisationseinheiten vorgeplant und in ihrer Durchführung eingeübt werden und dazu Planspiele und Rahmenübungen stattfinden müssen?

38. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Welche gemeinsamen Planspiele und Rahmenübungen haben die zuständigen Dienststellen des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen durchgeführt, und inwieweit ist sichergestellt, daß bei künftigen besonderen Sicherheitslagen den dabei gewonnenen Erkenntnissen entsprochen wird?

39. Abgeordnete **Frau Schuchardt** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit eines Schutzes vor BC-Angriffen, insbesondere im Hinblick auf die nichtvorhandene Vorwarnzeit, das praktische Nichtvorhandensein von BC-sicheren Schutzräumen?

40. Abgeordnete **Frau Schuchardt** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Wirksamkeit der WEU-Kontrollen auf Grund der Adenauer-Erklärung und dem westdeutschen Verzicht auf die Herstellung von BC-Waffen, nachdem auch die Firma Stolzenberg von der WEU kontrolliert wurde?

41. Abgeordneter **Hölscher** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit medizinischer Hilfe für die von einem überraschenden Auftreten von B und C-Waffen betroffene Bevölkerung in bezug auf die sehr begrenzte medizinische Kapazität (Krankenhäuser, erreichbare niedergelassene Ärzte) und das Nichtvorhandensein von notwendigen medizinischen Spezialkenntnissen?

42. Abgeordneter **Hölscher** (FDP)

Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß die bestehenden medizinischen Einrichtungen von der Zahl der Hilfesuchenden ebenso wie vom Aufwand notwendiger Hilfe völlig überfordert wären?

43. Abgeordneter **Jaunich** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Bemessung der Wegstreckenentschädigung nach dem Bundesreisekostengesetz in Abhängigkeit von der Hubraumgröße des benutzten Fahrzeugs mit den Grundsätzen der Energieeinsparung vereinbar ist, und wenn nein, beabsichtigt die Bundesregierung, gestützt auf § 24 des Bundesreisekostengesetzes, durch Rechtsverordnung andere Bezugsgrößen festzulegen?

44. Abgeordneter **Ueberhorst** (SPD)

Ist der Bundesregierung die vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) vorgetragene Kritik am Entwurf der Leitlinien für die Beurteilung der Auslegung von Kernkraftwerken gegen Störfälle bekannt, und wie beurteilt sie gegebenenfalls u. a. den Einwand, daß gerade die Unfälle, die in den Leitlinien nicht betrachtet werden, zum überwiegenden Teil zum Risiko durch Atomanlagen beitrügen?

45. Abgeordneter **Ueberhorst** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung insbesondere die Forderung, eine Unfallordnung für Kernkraftwerke zu erstellen, die sicherstellt, daß eine Genehmigung für eine Atomanlage dann nicht erteilt wird, wenn in dieser Anlage ein Unfall nicht auszuschließen ist, bei dem in der Umgebung ein Grenzwert von 5 000 mrem überschritten würde?

46. Abgeordneter **Dr. Schäuble** (CDU/CSU)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung nach der vom Parlamentarischen Staatssekretär von Schoeler für den 16. November 1979 angekündigten Sitzung des für Materialfehler zuständigen Ausschusses der deutsch-französischen Kommission für Fragen der Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen über angebliche Risse am Kernkraftwerk Fessenheim, und welche Konsequenzen werden gegebenenfalls daraus gezogen?

47. Abgeordneter **Dr. Schäuble** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die gegenseitige Information und Abstimmung über Planungen und Sicherheitsvorkehrungen für Kernkraftwerke im Grenzbereich mit Frankreich zu verbessern?

48. Abgeordneter **Werner** (CDU/CSU)

Ist der Bundesinnenminister bereit, die Handbroschüre des Bundesverbands für den Selbstschutz „Selbstschutz im Verteidigungsfall“ an alle Haushaltungen zu verteilen?

49. Abgeordneter **Werner** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht der Bundesinnenminister dafür, in den öffentlichen Medien für den Gedanken des Selbstschutzes und des Schutzraumbaus zu werben?

50. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Warum hält die Bundesregierung eine versorgungsrechtliche Gleichstellung der nachgeheirateten Witwen mit den anderen Beamtenwitwen nicht für erforderlich, und wie steht sie zu dem in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwurf, daß eine Nichtgleichstellung inhuman sei, weil sie die Eheschließung zwischen älteren Menschen erschwert und damit die älteren gegenüber den jüngeren Mitbürgern diskriminiert?

51. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung es mit rechtsstaatlichen Prinzipien für vereinbar, daß am 1. September 1979 an einer Fachhochschule angestellte Nachwuchskräfte des gehobenen Dienstes erst nach Aufnahme ihres Dienstes als Folge eines Erlasses des Bundesinnenministers vom September 1979 gezwungen wurden, eine Verpflichtungserklärung zu unterschreiben (Rückzahlungsverpflichtung für den Fall einer Abwanderung nach Ende des Studiums), andernfalls sie mit einer Entlassung aus dem Dienst zu rechnen hätten, und wenn nein, zieht sie eine Änderung des Erlasses in Betracht?

52. Abgeordneter **Dr. Köhler (Duisburg)** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung einen Widerspruch zwischen der Aussage, daß „keine Weiterleitung gespeicherter personenbezogener Daten (vgl. Bundesanzeiger Nr. 244 vom 30. Dezember 1978 Bekanntmachung über gespeicherte personenbezogene Daten nach § 12 Abs. 1 des Bundesdatenschutzgesetzes vom 21. Dezember 1978, Spalte 5) erfolgt" und der Antwort des Bundeswirtschaftsministers auf die Frage B 82 des Abgeordneten Dr. Köhler (Duisburg), Drucksache 8/2477, nach dem „das Bundeswirtschaftsministerium Zugriff zu den Daten hat, die im Zusammenhang mit Unternehmensberatungen bekannt werden", und wenn ja, wie erklärt sie diesen?

53. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Trifft es zu, daß die Installierung von Kompaktlagern innerhalb des Sicherheitsbereichs von Kernkraftwerken erfolgen soll, und ist dies angesichts der Erkenntnis des Störfalls in Harrisburg, wo der Sicherheitsbereich Monate möglicherweise Jahre nicht zugänglich ist, sicherheitstechnisch verantwortbar?

54. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Ergeben sich aus den Erkenntnissen über den Störfall von Harrisburg sicherheitstechnische Konsequenzen für die vorhandenen Abklingbecken für abgebrannte Brennelemente in deutschen Kernkraftwerken, insbesondere für die Frage einer optimalen Wartungsmöglichkeit für den Fall, daß der Sicherheitsbereich wie im Fall Harrisburg monate- oder jahrelang nicht zugänglich ist?

55. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung im Vollzug des Abwasserabgabengesetzes zur Bestimmung des chemischen Sauerstoffbedarfs eine Methode zwingend vorschreibt, in der Quecksilber eingesetzt wird, obwohl es gleichwertige Methoden gibt, in denen kein Quecksilber eingesetzt wird?

56. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Sieht die Bundesregierung in dieser Vorschrift keinen Widerspruch zu den weltweiten Bemühungen, die Verbreitung von Schwermetallen in der Umwelt einzuschränken?

57. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß Angehörige christlicher Minderheiten in der Türkei, z. B. Assyrer und Syrisch-Orthodoxe, in der Bundesrepublik Deutschland wegen der Gefährdung in ihrer Heimat Asyl erhielten und gegebenenfalls mitteilen, wie viele es innerhalb der letzten zwei Jahre waren?

58. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)

Wird der Bundesinnenminister im Sinne seiner Erklärung zur Achtung der Folgen des Asyls die Praxis bei Gutachten der Bundesregierung zugunsten von Auslieferungen in kommunistische Staaten völlig zugunsten der Sorgalt für die schutzbedürftigen Asylanten ändern, nachdem das Bundesverfassungsgericht abermals im Falle Milakovic durch Beschluß vom 14. November 1979 verbindlich ausführte, daß bei dem auch vom Bundesinnenminister gutachtlich befürworteten Auslieferungsversuch der Beweis der Zulässigkeit nicht geführt wurde und Ermittlungsmaßnahmen zur Aufklärung über die behauptete Gefahr und Verfolgung des Betroffenen schuldhaft unterblieben sind?

59. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU)

Sind Informationen, die vor kurzem in einer Pressekonferenz der „Arbeitsgemeinschaft Rheinwasser-Werke e. V." nach dem Bericht „Kein Mensch weiß, was die alles in den Bach lassen" in der „Stuttgarter Zeitung" Nr. 261 vom 10. November 1979 mitgeteilt wurden, zutreffend, daß im Bereich des Niederrheins die Wasserqualität durch eine erhebliche Zunahme der Salzfracht, der organischen Chlorverbindungen, der Schwermetalle Kupfer und Cadmium und durch gelöste organische Kohlenstoffe wieder schlechter geworden sei, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, daß diese bedenkliche Entwicklung gestoppt und die Sanierung des Rheins gefördert werden kann?

60. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, über die neu festgestellten Abwasserbescheide als Konsequenz aus dem Vollzug des Abwasserabgabengesetzes die Schadstoffemissionen der Industrieunternehmen zu kontrollieren und deren Reduzierung zu bewirken?

61. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU)

In welchem Umfang sind nach Kenntnis der Bundesregierung die kommunalen Abwassereinleitungen an der Verschlechterung der Wasserqualität des Niederrheins beteiligt, und wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, über die neu festgestellten Abwasserbescheide als Konsequenz aus dem Vollzug des Abwasserabgabengesetzes auch die Abwassereinleitungen der Kommunen und kommunalen Abwasserverbände zu kontrollieren und deren Reduzierung zu bewirken?

62. Abgeordneter
Eymer
(Lübeck)
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, wenn die ökonomischen Bedenken – nämlich die Umwelt- und Grundwassergefahren für Lübeck und insbesondere für Schlutup – ausgeräumt sind, den Verlauf der Bundesstraße 104 als Ortsumgehung von Schlutup zu führen, um zumindest Lärm- und Geruchsbelästigungen durch die Transporte von der Schlutuper Bevölkerung fernzuhalten?

63. Abgeordneter
Seiters
(CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel Müllverbrennungsanlagen mit welcher Gesamtkapazität es zur Zeit in der Bundesrepulik Deutschland gibt?

64. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Ist es richtig, daß eine Salzlaugenpipeline vom Werra-Gebiet in die Nordsee allein deswegen erwogen wird, weil im Gebiet der DDR übergroße Mengen von Kaliabwässern in die Werra eingeleitet werden und allein von dort die Mengen von Kaliabwässern eingeleitet werden, die dazu führen, daß Werra und Weser „sterbende Flüsse" sind?

65. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die erhobene Forderung nach Kostenübernahme für eine mögliche Salzlaugenpipeline durch den Verursacher der Flußverschmutzung, nämlich die DDR, deshalb unberechtigt oder zu beanstanden sei, weil der Nutzungen dieser Pipeline eindeutig bei der Bundesrepublik Deutschland liege?

66. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung ein sogenanntes Nutzenprinzip bekannt, nach dem nicht der Verursacher eines Schadens die Kosten für dessen Behebung zu tragen hat, sondern derjenige, der den Nutzen von der Beseitigung des Schadens hat – in diesem Fall der Verschmutzung von Werra und Weser?

67. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Wie will die Bundesregierung möglichst bald dafür sorgen, daß Ortsteile einzelner Gemeinden, die zu unterschiedlichen Ortsnetzen im Fernsprechverkehr gehören, nicht in unterschiedlichen Fernsprechbüchern aufgeführt sind, wie es bei der Gemeinde Eiterfeld, Kreis Fulda, durch die Aufteilung in die Fernsprechbücher 13 und 70 jetzt der Fall ist, was zu großer Verärgerung bei den Bürgern der betroffenen Gemeinde geführt hat?

68. Abgeordnete **Frau Matthäus-Maier** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, wo sich in der Bundesrepublik Deutschland Kampfstofflager aus Beständen der ehemaligen deutschen Wehrmacht, der Bundeswehr, der früheren Besatzungsmächte oder anderer NATO-Staaten befinden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

69. Abgeordneter **Dr. Nöbel** (SPD)

Warum hat die Bundesregierung nicht vorgeschlagen, die Gebühren für die Ehescheidung als Hauptsache mit dem neuen Scheidungsrecht zu reduzieren, obgleich nach neuem Recht im Gegensatz zum alten Scheidungsrecht sowohl die aufwendige Schuldfeststellung entfällt als auch an den Scheidungsspruch keine vermögensrechtlichen Folgen mehr geknüpft sind und somit insofern eine umfassende anwaltliche Beratung nicht notwendig ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

70. Abgeordneter **Spitzmüller** (FDP)

Liegt in der Zustimmung der Bundesregierung zu der nunmehr in das Umsatzsteuergesetz 1980 aufgenommenen Kompromißformel unter Verwendung der Begriffe „Erhebungsgebiet" und „Außengebiet" ein Abweichen der Bundesregierung von der rechtlichen Konzeption, wie sie der im Regierungsentwurf verwandten Formel zugrundelag, nämlich der Konzeption, daß die Oder-Neiße-Gebiete für die Bundesrepublik Deutschland Ausland sind?

71. Abgeordneter **Egert** (SPD)

Hält die Bundesregierung die von der Oberfinanzdirektion Berlin für die amts- und vertrauensärztlichen Untersuchungen ihrer Bewerber für den Zolldienst herausgegebenen „Hinweise für den untersuchenden Arzt" und den „Untersuchungsbogen" für vereinbar mit der ärztlichen Schweigepflicht und den Persönlichkeitsrechten der Bewerber?

72. Abgeordneter **Egert** (SPD)

Wie wird sichergestellt, daß Untersuchungsbögen von Bewerbern, die nicht in den Zolldienst eingestellt werden, vernichtet werden?

73. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

Ist der Bundesfinanzminister bereit, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß die personelle Unterbesetzung des Autobahnzollamts Kiefersfelden unverzüglich behoben wird, um zu der unbedingt erforderlichen Beschleunigung der Zollabfertigung beizutragen, und welche Maßnahmen werden hierfür ergriffen?

74. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung auch zweistreifige Bundesstraßen mit höhenfreien Anschlüssen in die Wildschutzzaunrichtlinien einbeziehen, nachdem dort bei Unfällen, die durch Wild verursacht werden, die Gefahr weit schwererer Unfallfolgen besteht?

75. Abgeordneter **Carstens (Emstek)** (CDU/CSU)

Nach welchen Grundsätzen erfolgt der Verkauf bundeseigener Häuser?

76. Abgeordneter **Carstens (Emstek)** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen ist beim Verkauf bundeseigener Häuser im Köln-Bonner Raum nur eine beschränkte Ausschreibung und in einigen Fällen überhaupt keine Ausschreibung durchgeführt worden?

77. Abgeordneter **Carstens (Emstek)** (CDU/CSU)

Welche Minister der Bundesregierung haben in den letzen zehn Jahren im Köln-Bonner Raum Häuser bzw. Wohnungen aus Bundesbesitz gemietet?

78. Abgeordneter **Carstens (Emstek)** (CDU/CSU)

Nach welchen Kriterien wurde die Miete festgesetzt, und welche Umbauten bzw. Reparaturen wurden dabei durchgeführt?

79. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Zahl der Arbeitnehmer – unterteilt nach Bundesländern –, die zum Erreichen der Arbeitsstelle auf ein eigenes Kraftfahrzeug angewiesen sind, weil sie keine öffentlichen Verkehrsmittel benutzen oder Fahrgemeinschaften bilden können, und ist die Bundesregierung, wenn sie sich nicht in der Lage sehen sollte, diese Frage zu beantworten, bereit, hierüber Untersuchungen anstellen zu lassen, da diese Frage bei der anstehenden Entscheidung über eine eventuelle Umwandlung der Kilometerpauschale in eine allgemeine Entfernungspauschale von Bedeutung ist?

80. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Welche Steuerausfälle würden – nach Begünstigungen aufgegliedert – entstehen, wenn den Selbständigen folgende Begünstigungen gewährt werden würden, die bisher nur den Arbeitnehmern zustehen, Weihnachtsfreibetrag nach § 19 Abs. 3 EStG in Höhe von 400 DM und Arbeitnehmerfreibetrag nach § 19 Abs. 4 EStG in Höhe von 480 DM?

81. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Wie würden die Zahlen lauten bei Einbeziehung der Selbständigen in die Begünstigungen Versorgungsfreibetrag nach § 19 Abs. 2 EStG 40 v. H. bis zu 4 800 DM und Steuerfreiheit für Beihilfen bei der Geburt nach Ziffer 15 EStG bis zu 500 DM?

82. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Wie hoch wären die Steuerausfälle, wenn die Selbständigen einbezogen würden in die Steuerfreiheit für Beihilfen bei der Heirat nach Ziffer 15 EStG bis zu 500 DM und die Steuerfreiheit für betriebliche Aufwendungen für die Zukunftsicherung nach § 2 Abs. 3 Ziffer 2 LStDV bis zu 312 DM?

83. Abgeordneter **Cronenberg** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, wie sich die Ertragssituation multinationaler Ölkonzerne seit 1974 darstellt?

84. Abgeordneter **Cronenberg** (FDP)

Ist ihr ebenfalls für diese Zeit eine eventuelle Verlustrechnung bekannt?

85. Abgeordneter **Cronenberg** (FDP)

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, welches die dabei jeweils bestimmenden Faktoren waren?

86. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung an ihrer ablehnenden Haltung gegenüber einer Halbierung des Mehrwertsteuersatzes auf Heizöl fest (vgl. Antwort auf meine Frage Nr. 16 in Drucksache 8/3113), wenn ihre Annahme einer gleichbleibenden Sparquote, die zu Umsatzsteuermindereinnahmen an anderer Stelle beitragen würde, durch die tatsächlich festgestellte abnehmende Sparneigung im Laufe des Jahrs widerlegt ist?

87. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Wieviel Prozent gewährter Forschungszuschüsse des Bundes erhält die öffentliche Hand indirekt dadurch zurück, daß diese Zuschüsse bei den Zuschußempfängern als außerordentliche Erträge behandelt und somit auch versteuert werden müssen, und sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, gewährte Forschungszuschüsse von der Besteuerung auszunehmen?

88. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Ist beabsichtigt, die Sonderabschreibungsmöglichkeiten für Umweltschutzmaßnahmen, die derzeit bis 1980 befristet sind, auch auf solche Investitionen auszudehnen, die nach 1980 vorgenommen werden?

89. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die Ende 1978 vom Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (BAV) in Berlin geforderte A 12 und A 13 Stellenanhebung bzw. Umwandlung für sachlich gerechtfertigt, die gegebenenfalls im Fall ihrer Verwirklichung den Bundeshaushalt nur zu 10 v. H. belastet, da 90 v. H. des Haushalts des BAV auf die Versicherungswirtschaft umgelegt wird?

90. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß es im Interesse eines attraktiven Arbeitsplatzangebots bei den europäischen Behörden in Berlin geboten erscheint, den in Berlin ansässigen und dort tätigen Mitarbeitern die Vorteile der Berlinzulage zu gewähren, und wenn ja, warum wird den Mitarbeitern im Europäischen Patentamt mit einer formal juristischen Auslegung des § 28 Abs. 2 des Berlinförderungsgesetzes die Berlinzulage verweigert?

91.	Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)	Sieht sich die Bundesregierung in der Lage, eine andere Haltung des Finanzamts für Körperschaften in München in dieser Frage herbeizuführen und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß nach der Regierungsbegründung zur Umstellung auf das Zulagensystem die Gewährung der Zulage gerade im Gegenteil zur Einkommensteuerminderung unabhängig von der Erhebung der Einkommensteuer erfolgen sollte?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

92.	Abgeordneter **Wüster** (SPD)	Welchen Fachzeitschriften wurde der Aufkleber „Ich bin Energiesparer" zur Verfügung gestellt?
93.	Abgeordneter **Wüster** (SPD)	Wie hoch war die Auflage des Aufklebers „Ich bin Energiesparer", und was kostete sie?
94.	Abgeordneter **Wüster** (SPD)	Wurde der Bundesregierung vom Autoclub-Europa ein Angebot zur Mitarbeit am „Internationalen Energiesparmonat" unterbreitet, und warum wurde es gegebenenfalls weder angenommen noch beantwortet?
95.	Abgeordneter **Wüster** (SPD)	In welcher Weise und gegebenenfalls mit welchen Kosten war das Bundeswirtschaftsministerium an der Herstellung und dem Vertrieb des „Energiesparpakets" vom ADAC beteiligt?
96.	Abgeordnete **Frau Matthäus-Maier** (FDP)	Ergeben sich für die Bundesregierung neue Erkenntnisse über die mögliche Zusammenarbeit deutscher und südafrikanischer Firmen auf dem Gebiet der Urananreicherung?
97.	Abgeordnete **Frau Matthäus-Maier** (FDP)	Stimmt es, daß die Firma Varian auch für das kommende Jahr bereits wieder Negativbescheinigungen für ihre Lieferungen von Isotopenmeßgeräten nach Südafrika erhalten hat, und wie ist gegebenenfalls diese Entscheidung begründet?
98.	Abgeordneter **Dr. Haussmann** (FDP)	Welche Firmen werden von der WEU bezüglich der – illegalen – Herstellung von BC-Waffen kontrolliert, und nach welchen Verfahren kommen neue Produktionsbetriebe auf diese Liste?
99.	Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)	Welche Möglichkeiten der Energieeinsparung und der möglichst sparsamen Verwendung der eingesetzten Primärenergie sieht die Bundesregierung in einem System der dezentralisierten Energiewirtschaft auf der Basis einer Kraft-Wärme-Koppelung als Alternative zur gegenwärtigen Großkraftwirtschaft, und welche hauptsächlichen Hinderungsgründe und Schwierigkeiten stehen der schrittweisen Verwirklichung eines solchen alternativen Konzepts entgegen?
100.	Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)	Von welchen Heizkostensteigerungen geht die Bundesregierung mittelfristig aus, und welche Konsequenzen und Folgerungen ergeben sich für sie daraus sowie aus den bereits eingetretenen Kostensteigerungen hinsichtlich der Fortentwicklung des laufenden Energieeinsparprogramms?

101. Abgeordneter **Dr. Vohrer** (FDP)

Wie wird bei der WEU sichergestellt, daß eine für den zivilen Bedarf (Chemikalien für die wissenschaftliche Forschung von diversen Herstellern) in kleinstem Umfang bestehende Produktion von BC-Waffen nicht ausgeweitet wird?

102. Abgeordneter **Dr. Holtz** (SPD)

Wie will die Bundsregierung verhindern, daß Tochterfirmen multinationaler Konzerne erhebliche Gewinnabführungen an die Konzernmutter leisten, aber gleichzeitig in der Bundesrepublik Deutschland Kurzarbeit für Teile ihrer Belegschaft beantragen und dann Mittel nach dem Arbeitsförderungsgesetz beantragen?

103. Abgeordneter **von der Heydt Freiherr von Massenbach** (CDU/CSU)

Gedenkt die Bundesregierung, die nicht Hermes-versicherten rückständigen Türkei-Forderungen deutscher Firmen in die laufenden bilateralen Umschuldungsverhandlungen analog dem Beispiel aus dem Jahr 1959 in der Weise miteinzubeziehen, daß auch für diese überfälligen Forderungen der deutschen Wirtschaft eine annehmbare Regelung gefunden wird, und wenn nein, warum nicht?

104. Abgeordneter **von der Heydt Freiherr von Massenbach** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Türkei bisher zu erkennen gegeben hat, daß sie nur bereit ist, auf Regierungsebene ein Umschuldungsabkommen auszuhandeln, wenn dabei auch die Frage der noch nicht beglichenen und nicht Hermes-verbürgten Forderungen deutscher Unternehmen mit geregelt wird, und wenn ja, welche Schlüsse zieht die Bundesregierung hieraus für die weiteren Verhandlungen?

105. Abgeordneter **Eimer (Fürth)** (FDP)

Wie hat sich der Anteil von Kriegsspielzeug seit der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Grüner vom 9. Februar 1979 entwickelt, in der der Anteil von Kriegsspielzeug am gesamten Spielzeugangebot mit weniger als 1 v. H. beziffert worden ist?

106. Abgeordneter **Eimer (Fürth)** (FDP)

Was versteht die Bundesregierung unter einem „besorgniserregenden Anteil" von Kriegsspielzeug, wie aus derselben Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Grüner hervorgeht, und wie begründet sie dies?

107. Abgeordnete **Frau Erler** (SPD)

Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, um das Ziel zu erreichen, daß 1985 die Wasserkraft in der Bundesrepublik Deutschland zu 100 Prozent genutzt wird?

108. Abgeordnete **Frau Erler** (SPD)

Welche Bedingungen haben nach Kenntnis der Bundesregierung zur Stillegung zahlreicher Wasserkraftwerke in den letzten 20 Jahren geführt, und sind diese nach den neuesten Entwicklungen auf dem Energiemarkt noch heute gegeben?

109. Abgeordnete **Frau Erler** (SPD)

Welche Argumente sprechen für und welche gegen eine Aufnahme der Wasserkraftwerke in das Investitionszulagengesetz?

110. Abgeordnete **Frau Erler** (SPD)

Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, die Energieversorgungsunternehmen dazu zu bringen, höhere Preise für in das Netz eingespeisten Strom privater Erzeuger zu zahlen?

111. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Scheinfirmen zur illegalen Einschleusung von Gastarbeitern gegründet wurden, und was hat sie gegebenenfalls dagegen unternommen?

112. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Trifft die Kritik über die mangelnde Förderung mittelständischer Unternehmen durch den Bundesverbund Junger Unternehmer (Wirtschaftswoche Nr. 47 vom 19. November 1979, S. 80 ff.) zu, und gibt es insbesondere Projektträger, die mehr Mittel zur Verwaltung verbrauchen, als Fördermittel ausgegeben werden?

113. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Welche Initiativen hat die Bundesregierung ergriffen, um auf europäischer Ebene einem Abbau von Kohleförderkapazitäten, insbesondere in Großbritannien und Frankreich, entgegenzuwirken?

114. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um energieverschwendende Elemente bei den administrativen Preiskontrollen im Verkehrssektor (z. B. automatische Weiterwälzung von Treibstoffkosten) zu verhindern?

115. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung inzwischen – wie in der Drucksache 8/3118 vom 20. August 1979 in der Antwort auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion unter Nummer 4 angekündigt – über eine Änderung der Frist für die Auftragsvergabe im Rahmen des Programms für Zukunftsinvestitionen entschieden, oder wann wird diese Entscheidung gegebenenfalls erfolgen?

116. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Berücksichtigt die Bundesregierung bei ihrer Entscheidung die Notwendigkeit, eine preistreibende Häufung von Aufträgen im kommenden Jahr möglichst zu vermeiden und insbesondere im Hinblick auf die erfreuliche Entwicklung des Dorferneuerungsprogramms dieses zu verlängern?

117. Abgeordneter **Schartz (Trier)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß, wie in der Presse berichtet (Spiegel Nr. 49 vom 3. Dezember 1979), das Bundeslandwirtschaftsministerium vom Statistischen Bundesamt „getürkte" Zahlen über die deutsche Landwirtschaft wünscht?

118. Abgeordneter **Schartz (Trier)** (CDU/CSU)

Entsprechen Pressemeldungen der Wahrheit (Spiegel Nr. 49 vom 3. Dezember 1979), daß die deutsche Agrarstatistik „von Bonn manipuliert" wird?

119. Abgeordneter **Dr.-Ing. Oldenstädt** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um ihren im Bericht über die Lage der freien Berufe in der Bundesrepublik Deutschland (Drucksache 8/3139) niedergelegten politischen Grundsatz „Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der freien Berufe sind insbesondere auch gegenüber wirtschaftlichen Tätigkeiten der öffentlichen Hand zu vermeiden bzw. abzubauen" auch nach Verabschiedung der Novelle zum Umsatzsteuergesetz in der Frage der steuerlichen Ungleichbehandlung von Katasterämtern und öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren gegenüber den Bundesländern doch noch durchzusetzen?

120. Abgeordneter **Dr.-Ing. Oldenstädt** (CDU/CSU)

An welche Maßnahmen im Zusammenhang mit dem gleichen Bericht (Drucksache 8/3139) denkt die Bundesregierung konkret, wenn sie die einkommensteuerrechtliche Gleichbehandlung von Selbständigen und Arbeitnehmern erreichen will, und worin könnte, beispielhaft dargestellt, die Einschränkung dieser Zielsetzung gemäß dem Satz „soweit es der Grundsatz gleichmäßiger Besteuerung fordert und zuläßt" bestehen?

121. Abgeordneter **Eymer (Lübeck)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Lübecker Fischindustrie trotz dringender Bemühungen der beteiligten Ämter und trotz starker Eigeninitiative ca. 150 Dauerarbeitsplätze nicht besetzen kann und die Gefahr einer Verlagerung von Produktionsstätten aus diesem durch Strukturwandel schon stark belasteten und durch die Zonengrenze besonders behinderten Region zu befürchten steht?

122. Abgeordneter **Eymer (Lübeck)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung unter diesen Gegebenheiten bereit, für Sondergenehmigungen für den Bereich der Fischindustrie den Kriterienkatalog der Ausnahmeregelungen des Anwerbestopps um den Punkt „Bereiche mit besonderem Bedarf" zu erweitern?

123. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, dem Land Baden-Württemberg aus dem dafür vorgesehenen Mittelansatz im Haushalt des Bundeswirtschaftsministers (Titel 882 01-622) Zuschüsse für die Verlegung einer Gaspipeline in das hintere Murgtal zu gewähren, zumal sich die Verlegungskosten minimieren ließen, wenn sie mit den Straßenumgehungsmaßnahmen im Zuge der B 462 um die Orte Gernsbach und Forbach koordiniert würden, und so die in starkem Maße energieabhängigen Arbeitsplätze in den Firmen dieses Bereiches zu sichern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

124. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Was ist unter der neu in die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" aufgenommenen Maßnahme „Bestandspflege" zu verstehen, und welche Förderungskriterien und -möglichkeiten sind dafür vorgesehen?

125. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, das 1980 auslaufende Dorferneuerungsprogramm und die Maßnahmen der wasserwirtschaftlichen Zukunftsvorsorge im Rahmen des Programms für Zukunftsinvestitionen über diesen Zeitraum hinaus als kontinuierliches Programm ohne Beeinträchtigung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" fortzusetzen, und welche Überlegungen gibt es innerhalb der Bundesregierung zu diesem gerade für ländliche Gemeinden wichtigen Anliegen?

126. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Hat die Bundesregierung einen Überblick darüber, in welchem Maß ihren Aufrufen entsprechend in den privaten Haushalten Lebensmittelvorräte gehalten werden, bzw. was müßte getan werden, um eine solche notwendige Vorratshaltung zu verbessern?

127. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Wie hoch ist der Selbstversorgungsgrad bei den wichtigsten Nahrungsmitteln in Deutschland und in der EG, und wie haben sich diese Werte in den letzten zehn Jahren verändert?

128. Abgeordneter **Eickmeyer** (SPD)

Welche Auskünfte kann die Bundesregierung darüber geben, wie weit die Verhandlungen zwischen der EG und anderen Ostseeanrainerstaaten bezüglich der sogenannten Fischerei-„Grauzone" gediehen sind?

129.	Abgeordneter **Eickmeyer** (SPD)	Welche praktischen Folgerungen ergeben sich daraus für Ostseefischer aus der Bundesrepublik Deutschland?
130.	Abgeordneter **Baack** (SPD)	Denkt die Bundesregierung daran, nach dem Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf über die Möglichkeit der Tierquälerei durch das Zusammenpferchen von Legehennen bis zur völligen Bewegungsunfähigkeit in viel zu engen Käfigen, nun Vorschriften über die an Käfige zu stellenden Anforderungen zu erlassen?
131.	Abgeordneter **Paintner** (FDP)	Welche Schlußfolgerung zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, daß die durchschnittliche Betriebsgröße der Vollerwerbsbetriebe in Bayern 1968/1969 um 2,9 und 1977/1978 um 4,2 ha kleiner war als im Bundesdurchschnitt, und welche Auswirkungen hat diese Tatsache auf die landwirtschaftlichen Einkommen gehabt?
132.	Abgeordneter **Dr. Haussmann** (FDP)	Trifft es zu, daß das Land Baden-Württemberg bei der Verteilung der Mittel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz" benachteiligt ist?
133.	Abgeordneter **Dr. Haussmann** (FDP)	Ist die Bundesregierung bereit zu erläutern, wie die Verteilung der Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe zustandekommt?
134.	Abgeordneter **Röhner** (CDU/CSU)	Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Durchführung der EG-Verordnung Nr. 262/79 über den Verkauf von Butter zu herabgesetzten Preisen für die Herstellung von Backwaren, Speiseeis und anderen Lebensmitteln durch die zuständigen deutschen Stellen zu einer Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes und zu einer Diskriminierung des mittelständisch strukturierten Bäckerhandwerks führt, und ist die Bundesregierung bereit, die Durchführung der genannten EG-Verordnung künftig mittelstandsfreundlicher zu gestalten?
135.	Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)	Welche Staaten haben jetzt bereits (vor Abschluß der Dritten Seerechtskonferenz) ihre Wirtschafts- bzw. Fischereizonen in welchem Umfang erweitert?
136.	Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)	Unter welchen Bedingungen lassen sie andere Staaten in diesen Zonen zur Fischerei bzw. anderen Nutzungen zu?
137.	Abgeordneter **Kühbacher** (SPD)	Wann rechnet die Bundesregierung mit einem Baubeginn des Dienst- und Laborgebäudes zur Verlegung von Außeninstituten der Biologischen Bundesanstalt nach Braunschweig in Braunschweig?
138.	Abgeordneter **Kühbacher** (SPD)	Mit welchen Baufortschritten rechnet die Bundesregierung, nachdem bereits gut ein Jahr seit dem ersten Spatenstich vergangen ist?
139.	Abgeordneter **Susset** (CDU/CSU)	Sind der Bundesregierung die Auswirkungen der enormen Apfelernte am Bodensee auf die Existenz vieler kleinbäuerlicher Betriebe bekannt, und ist sie in der Lage und bereit, hier Sofortmaßnahmen zu ergreifen, die eine schnelle Entlastung des heimischen Apfelmarktes bewirken?

140. Abgeordneter **Susset** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, als Sofortmaßnahmen vor allem den Obstsaftereien eine zinsverbilligte Erntefinanzierung zu gewähren, um ihre Aufnahmekapazität zu steigern, den Abfindungsbrennereien ein doppeltes Brennkontingent zur Verwertung von Mostobst zuzugestehen?

141. Abgeordneter **Susset** (CDU/CSU)

Ist sie außerdem bereit, eine Verwertung von Interventionsobst durch Gewährung eines Sonderkontingentes für landwirtschaftliche Verschlußbrennereien zu ermöglichen und den Erzeugerorganisationen und Erzeugerbetrieben Zuschüsse zur Entlastung des Kapitaldienstes zu gewähren?

142. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Sind die Klagen des Bäckerhandwerks, die Verwertung der verbilligten EG-Butter betreffend, berechtigt, die dahin gehen, daß das Bäckerhandwerk vor allem in ihren Großbetrieben benachteiligt ist, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu tun, um eine gerechtere Verteilung im Sinne des Bäckerhandwerks zu gewährleisten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

143. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Was hat die in der 139. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 16. Februar 1979 durch den Parlamentarischen Staatssekretär Buschfort zugesagte Überprüfung des Beschäftigungsverbots für Frauen auf Baustellen gem. § 16 Abs. 2 der Arbeitszeitordnung in Verbindung mit Nummer 20 der Ausführungsverordnung zur Arbeitszeitordnung zwischenzeitlich für Ergebnisse gebracht, und ist die Bundesregierung bereit, angesichts einer Reihe anhängiger Prozesse baldmöglichst für eine Klarstellung in dem Sinn zu sorgen, daß Frauen aus Gründen des Arbeitsschutzes der Zugang zu Bauhaupt- und Baunebenberufen nicht unmöglich gemacht wird?

144. Abgeordneter **Gerster (Mainz)** (CDU/CSU)

Welchen Sinn hat eine Befristung der Schwerbehindertenausweise in den Fällen, in denen durch eine Amputation oder eine ähnlich einschneidende Operation von vornherein feststeht, daß Grund und Ausmaß der Behinderung auf Dauer unveränderbar bleiben, und ist die Bundesregierung bereit, sicherzustellen, daß solcher Art Dauerbehinderten zukünftig belastende Nachuntersuchungen und den bearbeitenden Behörden unnötig erscheinender Verwaltungsaufwand erspart bleiben?

145. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Gibt es in der Bundesregierung Überlegungen, die Winterbauförderung auch auf – insbesondere mittelständische – Stahlbaubetriebe auszudehnen?

146. Abgeordneter **Amling** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß amerikanische Wissenschaftler in Fabriken für Reifen, Gummi, Reifenchemikalien und Industriegummi sowohl in der Atemluft wie an Wänden, Maschinen, im Abwasser der Fabriken und sogar im Boden außerhalb der Werke das im Tierversuch als krebserregend festgestellte Nitrosamin, N-Nitrosomorpholin (Nmor) sowie N-Nitrosodimethylamin (Ndma)

und N-Nitrosodiphenylamin (Ndpha) in hohen Konzentrationen gemessen haben, und wurden in der Bundesrepublik Deutschland ebenfalls derartige Messungen vorgenommen?

147. Abgeordneter **Amling** (SPD)

Welche Ergebnisse liegen gegebenenfalls hierüber vor?

148. Abgeordneter **Amling** (SPD)

Wurde in der Bundesrepublik Deutschland eine überdurchschnittliche Häufigkeit an Lungen- und Unterleibskrebs bei Arbeitern in Gummi verarbeitenden Fabriken festgestellt?

149. Abgeordneter **Amling** (SPD)

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls angesichts vorliegender Ergebnisse einzuleiten?

150. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Einschätzung der Untersuchung des Europäischen Gewerkschaftsinstituts über die Auswirkungen weiterer Einführung der Mikroelektronik in den kommenden Jahren, wonach vor allem die Zahl der traditionell von Frauen eingenommenen Arbeitsplätze bedroht, die Beschäftigungsmöglichkeiten für Facharbeiter zurückgehen und die Gefahr der Überwachung von Arbeitern am Arbeitsplatz erhöht werden, und welche Konsequenzen gedenkt sie gegebenenfalls aus dieser Prognose zu ziehen?

151. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Erfahrungsberichte darüber vor, ob in den letzten vier Jahren – wie vom DGB in Baden-Württemberg festgestellt – die Anzahl krankheitsbedingter Kündigungen und Kündigungsschutzklagen in erheblichem Umfang zugenommen hat, und welche Konsequenzen gedenkt sie gegebenenfalls aus diesem Sachverhalt zu ziehen?

152. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die bisherigen Altersgrenzen der kostenlosen Krebsvorsorgeuntersuchungen für Frauen und Männer wegfallen zu lassen?

153. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Welche Möglichkeiten eines zahnmedizinischen Vorbeugungsprogramms gegen Karies- und Paradontalerkrankungen sieht die Bundesregierung, und ist sie bereit zu prüfen, inwieweit ein solches in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung aufzunehmen ist, falls die Wirksamkeit eines solchen Programms wissenschaftlich nachprüfbar erwiesen ist?

154. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Urteilen des Sozialgerichts Reutlingen (Aktenzeichen: S 8 Ar 1522/79 und 4 Ar 2490/79) zum sogenannten Wartezeiterlaß der Bundesanstalt für Arbeit für Jugendliche und Frauen aus Nicht-EG-Staaten, die nach 1973 in die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Familienzusammenführung nachgereist sind und die den Tenor zum Inhalt hatten, daß diese Wartezeitregelung nicht im Einklang mit der Zielsetzung des Arbeitsförderungsgesetzes sei?

155. Abgeordneter **Engelhard** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, eine Änderung der Arbeitsverwaltungspraxis dahin gehend herbeizuführen, daß im Bereich der Hoheitsverwaltung Arbeiten, die zwar auf Grund von Rechtsvorschriften in jedem Fall, in vollem Umfang und rechtzeitig durchgeführt werden müssen, dennoch als zusätzlich und förderungswürdig im Sinne des § 91 Abs. 1 und 2 des Arbeitsförderungsgesetzes anerkannt werden, wenn auf Grund kurzfristigen Massenanfalls ihre rechtzeitige Erledigung gefährdet und daher die zusätzliche Einrichtung zeitlich befristeter Arbeitsplätze geboten erscheint?

156. Abgeordneter **Dr. Bötsch** (CDU/CSU)

Sind bei der Durchführung des Schwerbehindertengesetzes, insbesondere bei der Behandlung der Vorschriften des § 7 Abs. 6 und 7 (Mehrfachanrechnung), größere Schwierigkeiten aufgetreten?

157. Abgeordneter **Dr. Bötsch** (CDU/CSU)

Waren diese eventuellen Schwierigkeiten so groß, daß es des Dienstblatt-Runderlasses 286/79 vom 27. September 1979 bedurft hätte, und wie beurteilt die Bundesregierung angesichts der laufenden Bürokratiediskussion die Arbeitsbelastung von mittelständischen Unternehmern beim Ausfüllen der einschlägigen neuen Formulare?

158. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Arbeitsämter Dolmetscher als freie Mitarbeiter beschäftigt haben, die jedoch tatsächlich ständige Mitarbeiter waren, und daß damit die Sozialabgaben für diese Dolmetscher „eingespart" wurden, und wie beurteilt die Bundesregierung dieses Verhalten der Arbeitsverwaltung?

159. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Landesarbeitsämter den Arbeitsämtern einen drastischen Abbau der Dolmetscherdienste vorschreiben, und wie beurteilt die Bundesregierung diesen Vorgang?

160. Abgeordnete **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD)

Entspricht es den Tatsachen, daß – wie im Bericht „k.o. für die Engel" im Stern vom 22. November 1979 behauptet – die „Ruf die Engel Haushaltshilfen-Überlassungs-GmbH" in Frankfurt auf Betreiben des hessischen Landesarbeitsamts zu arbeiten aufhören mußte, und hält die Bundesregierung die Argumente der Arbeitsverwaltung, wenn der Bericht zutrifft, für schlüssig?

161. Abgeordnete **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD)

Ist zu befürchten, daß Nachbarschaftshilfen, die es vielerorts unter dem Dach der Inneren Mission oder der Caritas gibt und die auf ähnliche Weise arbeiten wie die Organisation „Ruf die Engel", in gleicher Weise mit den Arbeitsämtern in Konflikt geraten könnten, und hält die Bundesregierung gegebenenfalls Gegenmaßnahmen für angebracht?

162. Abgeordneter **Bahner** (CDU/CSU)

Unterstützt die Bundesregierung angesichts der häufigen Frühinvalidität von Wechselschichtarbeitern eine gesetzliche Verkürzung der Lebensarbeitszeit von Wechselschichtarbeitern auf 55 Jahre – die Übernahme nach 30 Wechselschichtsarbeitsjahren bzw. mit 50 Lebensjahren in die Normalschicht unter Fortzahlung eines nennenswerten Anteils der Schichtzuschläge –, und wie viele Wechselschichtarbeiter gibt es augenblicklich in der Bundesrepublik Deutschland?

163. Abgeordnete **Frau Männle** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Geneigtheit der Arbeitgeber in der privaten Wirtschaft, insbesondere im mittelständischen Handel und Gewerbe, zu Einstellungen weiblicher Beschäftigter im Hinblick auf ihren unter Umständen verstärkten Kündigungsschutz?

164. Abgeordnete **Frau Männle** (CDU/CSU)

Ist der Bundesarbeitsminister bereit, eine genaue Untersuchung darüber anzustellen, inwieweit und unter welchen Bedingungen die zum Schutze der Frau und Mutter erlassenen Normen des Arbeits- und Sozialrechts, insbesondere des Kündigungsschutzrechts, die unerwünschte Nebenwirkung haben, daß sie die Beschäftigungs- und Aufstiegschancen derjenigen Frauen vermindert, die sich noch nicht oder nicht mehr im Erwerbsprozeß befinden, und wenn ja, wann ist mit dieser Untersuchung zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

165. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)

Warum hat das Bundesverteidigungsministerium sowohl verboten, daß die Bundeswehr sich in diesem Jahr am Aufbau des Christkindlmarkts beteiligt, als auch den sich freiwillig zum Einsatz meldenden Soldaten keine Dienstbefreiung gewährt, obwohl die Hilfe der Bundeswehr über viele Jahre hinweg ein sichtbares Zeichen des guten Kontaktes zwischen Bundeswehr und Bevölkerung in der Garnisonstadt München gewesen ist?

166. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß von Einheiten und Verbänden der Bundeswehr die Zustimmung zu Gesuchen von Soldaten auf Versetzung in Heimatnähe vielfach routinemäßig von der Gestellung eines gleichwertigen Ersatzes abhängig gemacht wird und durch diese Verfahrensweise die persönlichen Gründe für den Versetzungsantrag nicht immer hinreichend gewürdigt werden?

167. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung gegebenenfalls zu ergreifen, um sicherzustellen, daß dienstliche Erfordernisse und persönliche Notwendigkeiten in Zukunft ausgewogen gewürdigt werden?

168. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß in der Teilstreitkraft Heer die Oberfeldwebel, die nach Erfüllung der Mindestvoraussetzungen für eine Beförderung zum Hauptfeldwebel auf Grund ihrer Eignung auf einen Hauptfeldwebeldienstposten versetzt werden, im Durchschnitt noch drei Jahre auf ihre Beförderung warten müssen, und gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung noch vergleichbare Dienstgradgruppen anderer öffentlicher Dienste, z. B. bei der Polizei des Bundes oder der Länder, bei denen diese durchschnittlichen Wartezeiten auch nur annähernd so lange dauern?

169. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Wieviel Stabsoffizierdienstposten ab Besoldungsgruppe B 6 und höher waren am 1. November 1979 besetzt?

170. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Wie viele dieser Offiziere haben eine Generalstabsausbildung absolviert?

171. Abgeordneter **Weiskirch (Olpe)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich der Bundesverteidigungsminister im Bild – flankiert von seinem Pressesprecher, Kapitän zur See Dr. Fischer, in Uniform – auf Plakaten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die z. Z. an den öffentlichen Anschlagstellen aushängen, zeigen läßt?

172. Abgeordneter **Weiskirch (Olpe)** (CDU/CSU)

Handelt es sich dabei nicht um einen groben Verstoß gegen die Anordnung des Generalinspekteurs der Bundeswehr vom 30. März 1979, die die Teilnahme von Soldaten in Uniform an politischen Veranstaltungen regelt, und wie sollen gegebenenfalls ähnliche Verstöße in Zukunft unterbunden werden?

173. Abgeordneter **Weiskirch (Olpe)** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung, daß unter den angeführten Umständen der Bevölkerung gegenüber der Eindruck erweckt werden könnte, daß es sich bei der Bundeswehr hauptsächlich um die Armee der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands handelt, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, einer Parteipolitisierung der Bundeswehr energisch entgegenzuwirken?

174. Abgeordneter **Weiskirch (Olpe)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Bundeswehr die Armee aller Bürger dieses Landes ist, und daß sie deshalb aus jeder Art von Parteipolitisierung herausgehalten werden muß?

175. Abgeordneter **Damm** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, wonach von westlicher Seite für die MBFR-Verhandlungen ein Inspektionssystem mit niedrig fliegenden Luftfahrzeugen jeweils der Gegenseite im Rahmen eventueller Vorschläge zu begleitenden bzw. vertrauensbildenden Maßnahmen in Aussicht genommen werden soll, und wonach ein Inspektionssystem zur Verifizierung begleitender bzw. vertrauensbildender Maßnahmen auf den MBFR-Raum begrenzt und möglicherweise permanenter Natur sein soll?

176. Abgeordneter **Damm** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß ein solches System mit der bereits bestehenden Dichte des Luftverkehrs über dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und mit den Bemühungen um eine Minderung der ohnehin zu starken Lärmbelästigung der Bevölkerung zu vereinbaren ist?

177. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung im Hinblick auf Ausbildung, Ersatzteilversorgung sowie Wartung und Instandsetzung bei der zukünftigen Beschaffung von Pioniermaschinen – wie z. B. Planierraupen, Bagger, Erdhobel u. ä. – mehr noch als bisher auf bewährte, handelsübliche Fabrikate zurückgreifen?

178. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Spezialräumfahrzeuge der Standortverwaltungen unserer Bundeswehr während der Schneekatastrophe deshalb nicht beweglich von Einsatzstäben dirigiert werden konnten, weil keine – auch keine provisorische – Funkausrüstung und -verbindung bestanden?

179. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die deshalb zuletzt praktizierte Notlösung, eine Verbindung über Leuchtraketen herzustellen, unzulänlich ist, und sind Maßnahmen eingeleitet, die einen beweglichen Einsatz ermöglichen werden?

180. Abgeordneter **Dr.-Ing. Oldenstädt** (CDU/CSU)

Wie groß ist die Zahl der Heimbetriebsleiter, mit denen die Heimbetriebsgesellschaft mbH nach der Kantinenreform Überlassungs- und Bewirtschaftungsverträge abgeschlossen hat, und wie hoch ist daran der Anteil der ehemaligen Kantinenpächter der Bundeswehr?

181. Abgeordneter **Dr.-Ing. Oldenstädt** (CDU/CSU)

Aus welchem Grunde wurden nach der Kantinenreform geschlossene Verträge von der Heimbetriebsgesellschaft bzw. ihrem Vertragspartner gekündigt, und wie viele dieser Kündigungen entfallen jeweils wieder auf ehemalige Kantinenpächter?

182. Abgeordnete **Frau Krone-Appuhn** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung zwischen dem Wehrpflichtgesetz und der inzwischen feststellbaren Verwaltungspraxis einen Widerspruch, der seinen Ausgang nimmt mit dem Schreiben des Bundeswehrverwaltungsamts (AZ: WE 2-AZ 24-0901) vom 24. September 1979, das tatsächlich allen Anträgen von Kriegsdienstverweigerern eine aufschiebende Wirkung einräumt, obwohl dies im Wehrpflichtgesetz nicht vorgesehen ist, und wie will die Bundesregierung Problemen entgegentreten, die nach 1984 auf Grund dieser großzügigen Handhabung für die Bedarfsdeckung an Wehrpflichtigen entstehen?

183. Abgeordnete **Frau Krone-Appuhn** (CDU/CSU)

Bedeutet diese hier geschilderte Auslegung des Erlasses des Bundesverteidigungsministeriums (VR III 7 241 100) vom 26. Juni 1978, daß Antragsteller auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer, die nicht innerhalb der vorgeschriebenen Fristen beantragt haben, vorrangig vom Wehrdienst zurückgestellt werden, z. B. gegenüber anderen Härtefällen wie Söhnen schwerkriegsbeschädigter Eltern, Verheirateten mit vielen Kindern, gegenüber Familien, in denen bereits mehrere Söhne bzw. Brüder ihren Wehrdienst geleistet haben, und birgt diese Praxis nicht die Gefahr in sich, daß Wehrpflichtige in dieser Zurückstellung und in der darauffolgenden Zeit der Entscheidung ihres Antrags eine weitere Chance sehen, am Wehrdienst vorbeizukommen?

184. Abgeordnete **Frau Krone-Appuhn** (CDU/CSU)

Gibt es Konzepte der Bundesregierung für die Einstellung von Frauen in die Bundeswehr auf freiwilliger Basis über den Truppensanitätsdienst hinaus, und wenn ja, welche Zeitvorstellungen liegen ihnen zugrunde, und welche Verwendungsmöglichkeiten für Frauen in der Bundeswehr sind darin vorgesehen?

185. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Werden Schneeräumfahrzeuge bei den Standortverwaltungen nunmehr im Führerhaus mit beheizbaren Scheiben ausgestattet werden, damit es bei erforderlichen Einsätzen nicht zu Behinderungen und sogar Gefährdungen führen kann, wie dies im vergangenen Winter wegen Fehlens von beheizbaren Scheiben der Fall war?

186.	Abgeordnete **Frau Matthäus-Maier** (FDP)	Ist der Bundesregierung bekannt, mit welchem Aufwand in der Bundesrepublik Deutschland wissenschaftliche Forschung bzw. Forschung am Schutz vor der Einwirkung chemischer und biologischer Kampfstoffe betrieben wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

187.	Abgeordneter **Müller (Bayreuth)** (SPD)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß zahlreiche Kosmetika durch Tierversuche „klinisch getestet" werden, in dem man z. B. Haarspray in künstlich offengehaltene Kaninchenaugen sprüht und große Mengen Shampoo und andere Kosmetika bis zum qualvollen Tod der Tiere in deren Magen gießt, und welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, derart überflüssige und unmenschliche Praktiken ausnahmslos zu unterbinden?
188.	Abgeordneter **Egert** (SPD)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß in Berlin (West) Heizgas fast ausschließlich durch Spaltung von Leichtbenzin (Naphta) gewonnen wird und die Berliner Gasag beabsichtigt, wegen der Erhöhung der Preise für Leichtbenzin die Tarife für Bezieher von Heizgas teilweise bis zu 60 v. H. heraufzusetzen, und sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, gegebenenfalls welche, die Bezieher solchen Heizgases analog zum Heizölkostenzuschuß zu fördern?
189.	Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)	Was sind die Gründe dafür, daß beim Krankenhausfinanzierungsgesetz die Streichung des Halbierungserlasses zurückgestellt worden ist?
190.	Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)	Wie will die Bundesregierung ihre wiederholt gegebene verbindliche Zusage, den Halbierungserlaß noch in dieser Legislaturperiode aufzuheben, einlösen?
191.	Abgeordnete **Frau Dr. Neumeister** (CDU/CSU)	Hält es die Bundesregierung für vertretbar, wenn Ökotrophologen auf Grund ihrer qualifizierten Ausbildung, zum Beispiel auch bei Fettleibigen, Diabetikern, ernährungsberatend tätig werden?
192.	Abgeordnete **Frau Dr. Neumeister** (CDU/CSU)	Welche Grenzen hält die Bundesregierung, auch auf Grund des Heilpraktikergesetzes, für die Ernährungsberatung durch Ökotrophologen bei Kranken für unverzichtbar, und ist sie gegebenenfalls bereit, Ökotrophologen neue Tätigkeitsfelder zu eröffnen, für die sie auf Grund ihrer beruflichen Qualifikationen prädestiniert sind, soweit gesundheitspolitische Bedenken nicht entgegenstehen?
193.	Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)	Hält die Bundesregierung die Regelung in § 2 Abs. 2 des Bundeskindergeldgesetzes für gerechtfertigt, wonach die Tätigkeit eines Lehrassistenten an Schulen im Ausland zwar der späteren Berufsausbildung dienlich ist, nicht jedoch zur eigentlichen Berufsausbildung zählt oder das Kindergeld und erhöhter Ortszuschlag nicht gewährt werden können?

194. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung eine Änderung dieser Regelung unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Bezüge von Lehrassistenten im Ausland in der Regel unter dem Existenzminimum liegen und deshalb finanzielle Unterstützung aus dem Elternhaus erforderlich ist?

195. Abgeordneter **Spitzmüller** (FDP)

Auf welchen konkreten Unterlagen basieren Angaben des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Zander, der in einem Antwortschreiben vom 31. August 1979 auf eine entsprechende parlamentarische Anfrage des SPD-Abgeordneten Jaunich festgestellt hat, „Nach vorliegenden Informationen derselben Stelle (Deutsche Hauptstelle gegen die Suchtgefahren) ist der Aufwand für die Alkoholwerbung von 1977 auf 1978 von 109 Millionen DM auf 399 Millionen DM (also um 266 v. H. in einem Jahr) gestiegen“?

196. Abgeordneter **Spitzmüller** (FDP)

Wie sind demgegenüber Aussagen des Zentralausschusses der Werbewirtschaft e. V. und des Bundesverbands der Spirituosenindustrie e. V. zu werten, wonach sich bei einem Vergleich der Zahlen für 1977 und 1978 (also demselben Zeitraum) die Werbeaufwendungen für alkoholhaltige Getränke nur um rund 4,7 v. H. erhöht haben, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls zu einer offiziellen Richtigstellung bereit?

197. Abgeordneter **Dr. Haussmann** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, sich dafür einzusetzen, daß Vorschriften, die den Jugendhäusern bei der offenen Jugendarbeit unnötige Schwierigkeiten bereiten, so geändert werden, daß die Jugendhäuser Getränke, gegebenenfalls auch Speisen verkaufen können, ohne daß in jedem Fall eine Gaststättenerlaubnis eingeholt oder ein Verein gegründet werden muß und dadurch die Bedingungen zu erfüllen sind, die das Gaststättengesetz und eine Vereinsgründung im allgemeinen stellt?

198. Abgeordnete **Frau Schuchardt** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die in ihrem Verantwortungsbereich ergriffenen Initiativen, Aktionen und Maßnahmen zum Jahr des Kindes nach Zahl, Qualität und Wirksamkeit?

199. Abgeordnete **Frau Schuchardt** (FDP)

Wird die Bundesregierung eine Bilanz zu den bildungs-, jugend- und familienpolitischen Beiträgen des Bundes und der Länder zum Jahr des Kindes vorlegen?

200. Abgeordneter **Spitzmüller** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, einen Beitrag dazu zu leisten, daß das Jahr des Kindes nicht „Episode“ bleibt, sondern daß die Bemühungen, unsere Gesellschaft und die Welt kinderfreundlicher zu machen, nachhaltig fortgesetzt werden können?

201. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung Forschungsergebnisse bekannt, denenzufolge Haschisch nicht etwa eine „weiche Einstiegsdroge“ ist, sondern irreversible Schäden der Zellen, bei Jugendlichen ein Zurückbleiben der genitalen Entwicklung bewirkt, das Denkvermögen trübt usw., und welche Maßnahmen gedenkt sie nunmehr zu ergreifen?

202. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)

Wie hoch sind die Kosten für die Aktion „Familie – jeder für jeden", und auf welche Informationen über die Erziehungsmethoden in den „besten Familien" stützt die Bundesregierung die Aktion?

203. Abgeordnete **Frau Dr. Neumeister** (CDU/CSU)

Wie erklärt sich die Bundesregierung das im Vergleich zu früheren Prüfungen geradezu katastrophale Abschneiden der Medizinstudenten bei den jüngst abgelaufenen Prüfungen, vor allem im zweiten und dritten Prüfungsabschnitt?

204. Abgeordnete **Frau Dr. Neumeister** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit dem Institut für medizinisch-pharmazeutische Prüfungsfragen zu unternehmen, damit die Prüfergebnisse auch im zweiten und dritten Abschnitt künftig einigermaßen konstant ausfallen?

205. Abgeordneter **Hasinger** (CDU/CSU)

Plant die Bundesregierung den Entwurf eines Suchtkrankengesetzes – und wenn ja, mit welchem Inhalt – vorzulegen?

206. Abgeordnete **Frau Männle** (CDU/CSU)

Womit rechtfertigt die Bundesregierung angesichts des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur regierungsamtlichen Öffentlichkeitsarbeit, daß die Rede des Bundesministers Frau Huber vor der Bundesfrauenkonferenz der Sozialistischen Partei Österreichs in Wien auszugsweise im Informationsdienst des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit erschienen ist (Nummer 20 vom 30. November 1979), wenn es sich bei diesem Auftritt eindeutig um eine parteipolitische Veranstaltung handelte und Frau Huber ausdrücklich den sozialdemokratischen Standort ihrer Zuhörerschaft zu verdeutlichen versuchte?

207. Abgeordnete **Frau Männle** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, auf den Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit dahin gehend einzuwirken bzw. ihm zu verdeutlichen, daß für die Verbreitung parteipolitischer Äußerungen die Sozialdemokratische Partei Deutschlands oder die Sozialistische Partei Österreichs zuständig ist?

208. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Inwieweit rechnet die Bundesregierung die Transzendentale Meditation (TM) zu den „neueren Weltanschauungs- und Religionsgemeinschaften", und inwieweit steht die Transzendentale Meditation damit in einem Zusammenhang mit den sogenannten neuen Jugendreligionen?

209. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, der Transzendentalen Meditation Unbedenklichkeit zuzusprechen, oder sieht die Bundesregierung vor allem für jüngere Mitglieder der „Transzendentalen Meditation" Gefährdungen?

210. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung insbesondere wissenschaftliche Analysen über psychische Gefahren durch die „Transzendentale Meditation" bekannt, wenn ja, welche, und welchen Stellenwert besitzen diese Analysen für die Bewertung der „Transzendentalen Meditation" durch die Bundesregierung?

211.	Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung insbesondere die Aussage von Prof. D. Langen, Direktor der Klinik für Psychotherapie an der Universität Mainz, der in einem wissenschaftlichen Beitrag in der Fachzeitschrift „Journal für Autogenes Training und Allgemeine Psychotherapie" bei der „Transzendentalen Meditation" mangelnde Vorauswahl der Interessenten, unsachgemäße Durchführung der Praxis und vor allem ungenügende psychologische Betreuung der Meditierenden beklagte und von der „Gefahr der seelischen Entgleisung" durch Transzendentale Meditation sprach?
212.	Abgeordneter **Dr. Zumpfort** (FDP)	Welche neuen Erkenntnisse gibt es über die in der Ostsee versenkte Sprengkampfstoffmunition, insbesondere Giftgasgranaten aus dem zweiten Weltkrieg, die über die Tatsachen hinausgehen, die durch Durchsuchung in den Jahren 1970/1972 bekannt geworden sind?
213.	Abgeordneter **Dr. Zumpfort** (FDP)	Sorgt die Bundesregierung für regelmäßige Untersuchung in den fraglichen Seegebieten, um Veränderungen des Zustands der versenkten Giftgasmunition und anderer Munition zu ermitteln, und wenn nein, warum nicht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

214.	Abgeordneter **Dr. Jenninger** (CDU/CSU)	Lehnt der Bundesverkehrsminister den Antrag des Jugendclubs Braunsbach auf Errichtung eines Kiosks an der Kochertalbrücke ab mit der Begründung, daß dies den zur Zeit gültigen Grundsätzen für die Ausstattung der Bundesautobahnen nicht entspreche?
215.	Abgeordneter **Dr. Jenninger** (CDU/CSU)	Wenn ja, wieso wurde dann an der Moselbrücke bei Winningen (A 61) eine Erfrischungsstelle eingerichtet, obwohl sieben Kilometer weiter in Richtung Mainz wieder eine Erfrischungsstelle ist und ca. 30 Kilomter vorher in Richtung Köln eine Tankstelle mit Raststätte ist?
216.	Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)	Wird die Bundesregierung, nachdem in den kommenden Jahren größere Investitionen bei der Deutschen Bundesbahn vorgesehen sind, darauf drängen, daß auch baldmöglichst und gegebenenfalls wann die Elektrifizierung der Bundesbahnstrecke Solingen-Ohligs – Remscheid – Wuppertal-Oberbarmen durchgeführt wird?
217.	Abgeordneter **Gerster (Mainz)** (CDU/CSU)	Hält die Bundesregierung an ihren früheren Planungen fest, daß die B 41 im Streckenabschnitt Bingen-Bad Kreuznach vierspurig ausgebaut werden muß, und bis wann ist mit der Realisierung des vierspurigen Ausbaus nach den neuesten Zielvorstellungen zu rechnen?
218.	Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)	In welcher Dringlichkeitsstufe hat die Bundesregierung in ihrem neuen Entwurf eines Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen die Ortsumgehungen im Zuge der B 500 von Triberg, Schönwald und Furtwangen aufgenommen?

219. Abgeordneter **Dr. Bötsch** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung nach den einschlägigen Kabinettsbeschlüssen und der bereits erfolgten Zuleitung des Gesetzentwurfs eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen in den Jahren 1971 bis 1985 an den Bundesrat der Auffassung, daß etwaige vor über einem Jahrzehnt rechtsverbindlich abgeschlossene Raumordnungsverfahren für Maßnahmen, die nach den neuen Beschlüssen nicht mehr zur Durchführung kommen sollen, in sich zusammenfallen?

220. Abgeordneter **Dr. Bötsch** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, in Fällen, in denen die politisch im Bund und Land Verantwortlichen einvernehmlich eine frühere Maßnahme – wie beispielsweise die Westumgehung Würzburg – „wegfallen lassen wollen", auf die zuständigen Behörden einzuwirken, schon vor dem formellen endgültigen Beschluß des Deutschen Bundestages keine Einwendungen mehr gegen Bebauungspläne und ähnliches zu erheben, die den ursprünglichen Straßenbauplänen zuwiderlaufen?

221. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Sind der Bundesregierung Klagen über die zu hohe Zulassungszahl von Personen nach dem Personenbeförderungsgesetz bei Bussen und Gelenkbussen, insbesondere im Kinder- und Schülertransport, bekannt, und wenn ja, was wird sie unternehmen, um diesen unbefriedigenden Zustand zu beenden?

222. Abgeordneter **Schmidt (München)** (SPD)

Ist die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß bei Flugzeugabstürzen in der letzten Zeit Maschinen des Typs DC 10 unverhältnismäßig oft beteiligt waren und an Maschinen dieses Typs häufig gefährliche Fehler entdeckt wurden, bereit, deutschen und ausländischen Flugfirmen Starts und Landungen in der Bundesrepublik Deutschland und auch das Überfliegen des Luftraums der Bundesrepublik Deutschlands zu untersagen oder die für ein Flugverbot notwendigen Maßnahmen zu initiieren?

223. Abgeordneter **Dr. Ahrens** (SPD)

Wann ist mit Baubeginn und wann mit Fertigstellung der im Bundesverkehrswegeplan '80 enthaltenen Bundesbahnausbaustrecke Rotenburg-Minden zu rechnen?

224. Abgeordneter **Dr. Ahrens** (SPD)

In welchen Teilabschnitten soll der im Bundesverkehrswegeplan '80 vorgesehene Ausbau der BAB 7 zwischen dem Autobahndreieck Hannover-Nord und dem Autobahndreieck Walsrode erfolgen, wann sollen die Bauarbeiten beginnen?

225. Abgeordneter **Dr. Ahrens** (SPD)

Wann ist voraussichtlich mit der Fertigstellung der jeweiligen Abschnitte zu rechnen?

226. Abgeordneter **Merker** (FDP)

Treffen Zeitungsberichte zu, nach denen der Bahnhof Bad Lippspringe in stärkerem Maß dem militärischen Verkehr dienen soll?

227. Abgeordneter **Merker** (FDP)

Steht die vor einiger Zeit vorgenommene Auswechselung der Schwellen und die neue Unterfütterung des Gleises mit diesen Meldungen in Verbindung?

228. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Wie kann sichergestellt werden, daß aus der „DDR" kommende Reisewagen in einem für Reisende zumutbaren hygienischen und technischen Zustand sind?

229. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, warum im Wechselverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der CSSR weit überwiegend Binnenschiffe der CSSR zum Einsatz kommen?

230. Abgeordneter **Adams** (SPD)

Wann rechnet die Bundesregierung, nach den neuen Plänen, mit dem Beginn und Ende des Ausbaus der BAB A 4 um Köln (linksrheinisch) auf sechs Spuren?

231. Abgeordneter **Adams** (SPD)

Wann beginnt und endet der Ausbau auf sechs Spuren der BAB A 4 von Köln nach Aachen?

232. Abgeordneter **Adams** (SPD)

Werden bei diesen Ausbauten die dringend erforderlichen Lärmschutzmaßnahmen im Bereich der Städte Hürth, Frechen und Kerpen berücksichtigt?

233. Abgeordneter **Adams** (SPD)

Sind Lärmschutzmaßnahmen an der BAB A 555 (Bonn – Köln) im Bereich der Stadt Wesseling und der Stadt Köln, Stadtteil Rodenkirchen, vorgesehen?

234. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Warum ist seit vielen Jahren die Autobahntankstelle Wonnegau an der A 61 in einem primitiven Zustand belassen und nicht so ausgebaut worden, wie andere Tankstellen an deutschen Autobahnen?

235. Abgeordnete **Frau Benedix-Engler** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die zunächst für die Stillegung vorgesehenen, jetzt aber vom Abbau verschonten Bundesbahnstrecken, z. B. Norden – Esens – Jever – Harle, Delmenhorst – Hesepe, Bassum – Kirchlengern, Walsrode – Visselhövede, Eichenberg – Großalmerode – Walburg usw. usw., für wichtiger als die Streckenverbindung der Harz-Eisenbahn?

236. Abgeordnete **Frau Benedix-Engler** (CDU/CSU)

Wenn ja, aus welchen Gründen sind diese Eisenbahnverbindungen erhaltungswürdiger als die Harz-Eisenbahn?

237. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Wirksamkeit eines Autobahnfernsprechnetzes, an dem sämtliche wichtigen Stellen, wie zum Beispiel BAB-Kabelhäuser, BAB-Tankstellen, Autobahnmeistereien, Straßenbauämter und der Bundesverkehrsminister angeschlossen sind, bei denen aber die vorgesehenen Anschlüsse für Polizeistützpunkte bisher nicht geschaltet wurden?

238. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen ihrer Kompetenzen, insbesondere im Zusammenwirken mit den Ländern, sicherzustellen, daß im Interesse schneller und direkter Hilfs-, Rettungs- sowie Fahndungsmaßnahmen jeglicher Art auch die Polizeistützpunkte an das Autobahnfernsprechnetz angeschlossen werden?

239. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es zur Verbesserung der Sicherheit auf den Bundesautobahnen beitragen kann, wenn die Möglichkeit geschaffen wird, daß ein über Notrufsäule anrufender Verkehrsteilnehmer direkt mit dem Polizeistützpunkt verbunden werden kann?

240. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Ist eine Aufhebung bzw. Stillegung der Fährstelle Fischerhütte am Nord-Ostsee-Kanal geplant, und wenn ja, wie verträgt sich das mit der Antwort der Bundesregierung (Nr. B 82, Drucksache 8/3000 vom 27./28. Juni 1979), nach der es am Nord-Ostsee-Kanal zu keiner Einschränkung des Fährverkehrs kommt?

241. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Personenschienenverkehr auf der Bundesbahnstrecke 105 Bassum – Herford ab 1. Mai 1980 eingeschränkt werden soll, und wenn ja, welche Züge sind nach bisherigen Planungen davon betroffen?

242. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Entspricht es den Wünschen der Bundesregierung, durch Reduzierung des Zugverkehrs die ländlichen Räume noch weiter zu benachteiligen, und wenn nein, wie kann und wird die Bundesregierung dies verhindern?

243. Abgeordneter **Hölscher** (FDP)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung noch keine Entscheidung über die Dimensionierung des Neubaus der B 14, Streckenabschnitt Zwickenberg – Trasse, getroffen hat, so daß die Stadt Stuttgart ihre Planung für die Ortsumfahrung Heslach, Streckenabschnitt Südheimer Platz – Marienplatz, abtrennen muß?

244. Abgeordneter **Hölscher** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, die notwendigen Entscheidungen auch unter Berücksichtigung der Konkurrenzsituation zum öffentlichen Nahverkehr umgehend herbeizuführen, so daß eine funktionsgerechte Koordination der Bauvorhaben des Bundes und der Stadt Stuttgart sichergestellt werden kann?

245. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Sind nach § 39 StVO in Verbindung mit Nummer 16 der Verwaltungsvorschriften zu §§ 39 bis 43 StVO Zusatzschilder zulässig bzw. im Verkehrsblatt bekanntgegeben worden, die das eingeschränkte oder absolute Halteverbot durch den Zusatz „mit Ausnahme von Anlieferfahrzeugen" zu modifizieren erlauben?

246. Abgeordneter **Neuhaus** (CDU/CSU)

Wie erklärt die Bundesregierung die Tatsache, daß am diesjährigen Buß- und Bettag für Ferngespräche der normale Feiertagstarif galt, da dieser Tag kein bundeseinheitlicher Feiertag sei, gleichzeitig aber in allen Bundesländern außer in Bayern ein Fahrverbot für Lastkraftwagen über 7,5 Tonnen ausgesprochen wurde, mit der Begründung, daß es sich um einen Feiertag handele?

247. Abgeordneter **Neuhaus** (CDU/CSU)

Soll diese Regelung auch zukünftig gelten, und wenn ja, warum?

248. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung Informationen des Komitees „Ein Schiff für Vietnam", daß die „Lufthansa" im Gegensatz zu anderen, ausländischen, Fluggesellschaften nicht bereit sei, Kambodscha-Helfer verbilligt oder gar kostenlos (wie es beispielsweise die „Air France" tue) nach Thailand zu befördern, und sieht sie Möglichkeiten, die „Lufthansa" zu einem vergleichbaren Verhalten wie die „Air France" zu bewegen (vgl. Bericht „Kinder essen nur noch Asche und Erde" in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" Nr. 279 vom 30. November 1979)?

249. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)	Was hat die Auflösung der Bundesbahndirektion Regensburg gekostet, und was hat sie der Deutschen Bundesbahn und deren Bediensteten in der Gesamtrechnung gebracht?
250. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, gegebenenfalls im Vorgriff auf 1980, die erforderlichen Mittel bereitzustellen, um bereits jetzt die durchgeführten Baumaßnahmen des Bundes, insbesondere im Straßenbau, fortzuführen, weil ansonsten einige Betriebe in Liquidationsschwierigkeiten kommen würden und damit viele mit großer Anstrengung geschaffene Arbeitsplätze im Grenzland gefährdet wären?
251. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)	Treffen die immer wieder – besonders auch von der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands – geäußerten Befürchtungen wegen einer Auflösung des Bahnbetriebswerks Weiden mit entsprechenden Verlusten an Arbeitsplätzen im Weidener Raum zu, und – falls ja – sieht die Bundesregierung einen Widerspruch zu ihrer Antwort auf meine Frage in der Fragestunde am 7./8. November 1979 (Drucksache 8/3310, Nummer B 145), und wie erklärt sie diesen gegebenenfalls?
252. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)	Ist es im Interesse einer Verbesserung des Nahverkehrs im ländlichen Raum noch vertretbar, daß die Deutsche Bundesbahn bzw. die Deutsche Bundespost von Nahverkehrseinrichtungen der Landkreise bzw. Gemeinden – z. B. der ESKA-Stiftland-Kraftverkehr GmbH in Tirschenreuth – Konzessionsabgaben in beträchtlicher Höhe verlangen?
253. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)	Hält die Bundesregierung es für richtig, wenn der Bundespostminister es ablehnt, die Vertreter seiner gehobenen nichttechnischen Beamten, die in der Deutschen Postgilde organisiert sind, zu Gesprächen zu empfangen?
254. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)	Wie vereinbart sich eine solche Haltung mit einem demokratischen Führungsstil, und fürchtet die Bundesregierung nicht weitere negative Auswirkungen auf das Betriebsklima bei der Betriebsverwaltung der Deutschen Bundespost?
255. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)	Welche Voraussetzungen müssen nach Meinung der Bundesregierung erfüllt sein, damit der Bundespostminister wieder mit den Sprechern seiner mittleren Führungskräfte Kontakte aufnimmt?
256. Abgeordneter **Würtz** (SPD)	Denkt die Bundesregierung daran, den Posthaltern auf Grund der erheblichen Preissteigerung beim Heizöl einen entsprechenden Ölkostenzuschuß für Posträume zu geben?
257. Abgeordneter **Marschall** (SPD)	Trifft es zu, daß Beamte der Deutschen Bundespost oft über Jahre hinweg Dienst auf höher bewerteten Dienstposten leisten, und wenn ja, ist an eine Veränderung des Stellenkegels bzw. entsprechende Vergütung gedacht?
258. Abgeordneter **Marschall** (SPD)	Ist beim Einsatz von Vertretern im Postdienst wegen der höheren Belastung damit zu rechnen, daß durch Zeitzuschläge oder finanzielle Entschädigungen eine Vergütung erfolgt?

259. Abgeordneter **Marschall** (SPD)	Wird seitens der Bundesregierung eine Änderung der Schalteröffnungszeiten bei den Postämtern erwogen, bzw. ist eine Anrechnung der durch 2 bis 3 stündige Mittagszeiten bedingten zusätzlichen Fahr- oder Wartezeiten auf die Dienstzeit beabsichtigt?
260. Abgeordneter **Schmidt (München)** (SPD)	Ist an den Umbau des Postamts München 44 und an einen Neubau des Postamts Ismaning gedacht, und wenn nein, warum nicht?
261. Abgeordneter **Schmidt (München)** (SPD)	Wäre es möglich, das Auswahlverfahren für Auszubildende des einfachen Postdienstes folgendermaßen zu vereinfachen und wesentlich zu verkürzen, die Zuständigkeit für die Auswahl der Bewerber wird auf die Postämter selber verlagert, der Eignungstest in der derzeitigen Form fällt weg, an dessen Stelle tritt im Rahmen eines persönlichen Vorstellungsgesprächs ein vorgegebener kurzer Test, der auf die Feststellung der praktischen Fähigkeiten des Bewerbers gerichtet ist?
262. Abgeordneter **Schmidt (München)** (SPD)	Ist daran gedacht, das Wohnungsbauprogramm der Deutschen Bundespost in München zu forcieren und die Altersgrenze für Wohnungssuchende zu senken, und wenn nein, warum nicht?
263. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)	Wird in absehbarer Zeit für alle Postbediensteten die 5Tagewoche eingeführt, und wenn nein, warum nicht?
264. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)	Wird der im Rahmen des Haushaltsstrukturgesetzes weggefallene Fahrkostenzuschuß in anderen Behörden weiterhin in entsprechender Weise gezahlt, und wird er in Zukunft auch bei der Deutschen Bundespost wieder eingeführt?
265. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)	Ist mit einer weiteren Zentralisierung der Postämter im Großraum München zu rechnen?
266. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)	Werden künftig Gemeinschaftsveranstaltungen der Postbeamten aus öffentlichen Mitteln bezuschußt, und ist daran gedacht, einen Ausgleich für die Mitarbeiter zu schaffen, wenn Gemeinschaftsveranstaltungen außerhalb der Arbeitszeit ausgerichtet werden müssen?
267. Abgeordneter **Dr. Miltner** (CDU/CSU)	Welche Tatsachen haben den Bundespostminister veranlaßt, in dem jetzt in der Presse bekanntgewordenen Fall zweier aktiver DKP-Mitglieder, die Postbeamte im Bereich der Oberpostdirektion Stuttgart sind, von der Durchführung disziplinarischer Ermittlungen abzusehen, obwohl die Beamten – soweit bekannt – für ihre Partei, die nach ständiger Auffassung der Bundesregierung und nach herrschender Meinung in der Rechtsprechung verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, sich durch Ausübung von Funktionen und durch Kandidaturen aktiv betätigt haben und sich von den Zielen ihrer Partei auf Dauer nicht glaubhaft distanziert haben?

268. Abgeordneter **Dr. Miltner** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung das Verhalten des Bundesdisziplinaranwalts, der auf der Durchführung von disziplinarischen Ermittlungen gegen diese beiden DKP-Mitglieder besteht, für rechtswidrig, und wenn ja, ist beabsichtigt, deshalb gegen ihn ein Disziplinarverfahren einzuleiten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

269. Abgeordneter **Landré** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen ihres Energiesparprogramms auch den Einbau von wärmedämmenden Rolläden zu unterstützen?

270. Abgeordneter **Paterna** (SPD)

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, dem Gesichtspunkt der Energieeinsparung, vor allem im Bereich der Substitution von Öl durch Fernwärme sowie zur Verbindlichmachung von örtlichen Konzepten zur Versorgung mit Energie, im Bereich der Raumordnung und des Städtebaus stärker Rechnung zu tragen?

271. Abgeordneter **Paterna** (SPD)

Gibt es im geltenden Raumordnungs- und Baurecht Hindernisse für die Einführung solcher Versorgungskonzepte?

272. Abgeordneter **Jaunich** (SPD)

Sieht die Bundesregierung in ihrem Verantwortungsbereich Möglichkeiten – z. B. durch Auslobung eines Wettbewerbs – Architekten und Bauherren zu verstärkten Bemühungen um kindgerechtes Bauen zu veranlassen?

273. Abgeordneter **Gierenstein** (CDU/CSU)

Ist in der Dezemberausgabe der von der Sowjetbotschaft herausgegebenen Zeitschrift „Sowjetunion heute" das Thema eines von dem Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Sperling in Moskau gehaltenen Vortrags mit „Die Rolle der Öffentlichkeit in der Entwicklung der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Verständigung zwischen den Völkern der Sowjetunion und der BRD" zutreffend zitiert, und wenn ja, warum verkürzt der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Sperling den Namen unseres Staats in dieser Weise, die eine begriffliche Aufspaltung der deutschen Nation beinhaltet?

274. Abgeordneter **Gierenstein** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, im Fall einer falschen Zitierung von der „Sowjetunion heute" eine Richtigstellung zu verlangen, dies umsomehr, als der ehemalige sowjetische Botschafter in Bonn, Valentin Falin, im gleichen Artikel die korrekte Formulierung „Bundesrepublik Deutschland" gebraucht?

275. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluß vom 12. Juni 1979 wesentliche Bestimmungen des geltenden Kleingartenrechts als verfassungswidrig und mit Artikel 14 des Grundgesetzes unvereinbar bezeichnet und unverkennbar die Bundesregierung aufgefordert hat, gesetzliche Änderungen auszuarbeiten, die diesen verfassungsrechtlichen Bedenken begegnen, und welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus diesem Beschluß zu ziehen?

276.	Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)	Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundesverfassungsgerichts, daß der Kleingarten, der ursprünglich ein Nutzgarten zur Existenzsicherung der ärmeren Bevölkerung war, heute zunehmend Wohncharakter erhalten hat, bei dem der Erholungszweck im Vordergrund steht, und ist ihr bekannt, ob die Kleingartenbesitzer überwiegend den mittleren Einkommensschichten angehören?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

277.	Abgeordneter **Erhard (Bad Schwalbach)** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß ein erst kürzlich aus der DDR von der Bundesregierung für 40 000 DM „Freigekaufter" an der Brandstiftung im Berliner Kaufhaus des Westens und der Erpressung der Kaufhausleitung in Höhe von 1 Million DM maßgeblich beteiligt war, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
278.	Abgeordneter **Erhard (Bad Schwalbach)** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß dieser Täter wegen einer Vielzahl von Straftaten verurteilt worden war, die auch in der Bundesrepublik Deutschland zur Verurteilung geführt hätten, und wie stellt die Bundesregierung sicher, daß ihre aus humanitären Gründen veranlaßten „Freikaufaktionen" nicht Kriminelle begünstigt?
279.	Abgeordneter **Eymer (Lübeck)** (CDU/CSU)	Inwieweit ist die Bundesregierung informiert über den Stand der laufenden Verhandlungen und bereits abgeschlossenen Verträge zwischen Firmen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR über Sondermüllablagerungen aus den einzelnen Bundesländern und den Beneluxländern in Schönberg/DDR, und inwieweit ist die Bundesregierung mit Genehmigungen beteiligt und mit welchen?
280.	Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)	Warum unterstützt nicht auch die Bundesregierung finanziell die Aktion „Hilferuf von drüben"?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

281.	Abgeordneter **Bahner** (CDU/CSU)	Wie äußern sich die laut Bundesforschungsminister Dr. Hauff „enormen Steigerungsraten der Projektförderung bei kleinen und mittleren Berliner Unternehmen" nach Anzahl der Projekte, Projektvolumen, Firmengrößen und Branchen in den Jahren 1977, 1978, 1979?
282.	Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)	Welche Betriebe in Ostwestfalen und speziell im Kreis Gütersloh haben bisher Forschungsförderungsmittel des Bundes erhalten?
283.	Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)	Wird die Bundesregierung meine Fragen A 113 und A 114 (Drucksache 8/3421) unter dem Gesichtspunkt kontinuierlicher Zellulose Hydrolyse mittels Säure bei hoher Temperatur und kontinuierlicher Alkoholvergärung beantworten, und

welche technische Entwicklungen und die dazugehörenden Wirtschaftlichkeitsstudien hat sie bisher gemäß ihrer Antwort zu A 113 gefördert oder wird sie fördern?

284. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Sind ihr alle Technologien, insbesondere die Alkoholgärung der Xylose zu Äthanol durch einen Fungus mit einer Steigerung der Ausbeute von 220 auf 300 Liter Äthanol aus einer Tonne trockener Biomasse Substanz bekannt?

285. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß über die Säurehydrolyse seit über 40 Jahren kontinuierlich Alkohol vergoren wird und in 20 Jahren in großen Industrieanlagen (Scholler-Verfahren in Deutschland bis 1956, Ems in der Schweiz und in der UdSSR – von Deutschland übernommen) erprobt wurde, und kann deshalb die Meinung vertreten werden, daß eine Entscheidung für Demonstrationsanlagen auch unter dem Gesichtspunkt, daß für Demonstrationsanlagen bei der Kohleverflüssigung eine Wirtschaftlichkeit nicht nachgewiesen werden kann, nicht verfrüht ist?

286. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Schließt sich die Bundesregierung in bezug auf den Inhalt der Cogema-Verträge der öffentlich geäußerten Auffassung an, diese Dienstleistungsverträge stellten keine den Vorschriften des Atomgesetzes entsprechende Entsorgung dar und seien insbesondere für die Erteilung einer Betriebsgenehmigung für das Kernkraftwerk Philippsburg II nicht ausreichend?

287. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Auf welche Weise strebt die Bundesregierung an, schon im Vorfeld möglicher Entscheidungen über zusätzliche Genehmigungsanforderungen für Kernkraftwerke, wie z. B. die unterirdische Bauweise, eine internationale Abstimmung insbesondere mit den Partnern in der Europäischen Gemeinschaft herbeizuführen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

288. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Schul- und Studienmöglichkeiten für gehörlose Mitbürger, und durch welche Maßnahmen will die Bundesregierung im Zusammenwirken mit den Bundesländern gegebenenfalls sicherstellen, daß die grundgesetzlich garantierte Chancengleichheit auch im Bildungsbereich für gehörlose Mitbürger umfassend verwirklicht wird?

289. Abgeordneter **Prangenberg** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung die Klagen vieler Studenten bekannt, daß die Zahlungen aus dem Bundesausbildungsförderungsgesetz mit teilweise erheblichen Verzögerungen erfolgen, und welche Gründe sind hierfür nach Auffassung der Bundesregierung maßgebend?

290. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung, die nach dem Grundgesetz für ein Mindestmaß an Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse zuständig ist, für akzeptabel, daß in Zukunft der geographisch/geschichtliche Begriff „Deutschland" für Schüler in Wiesbaden ein anderer sein wird als in Mainz, weil einheitliche und klare Richtlinien für Schulatlanten und Unterrichtslandkarten nicht mehr erreichbar sind, oder was wird die Bundesregierung andernfalls unternehmen, um eine Einheitlichkeit auf dem Boden des Grundgesetzes doch noch zu gewährleisten?

291. Abgeordnete **Frau Dr. Walz** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung das sog. Münsteraner Modell der „dreigeteilten Bibliothek"?

292. Abgeordnete **Frau Dr. Walz** (CDU/CSU)

Welche Vorstellungen zur Förderung öffentlicher Bibliotheken und anderer Kooperationsmodelle sind entwickelt worden, und können interessierte Kommunen bei der Errichtung von Bibliotheken nach dem Münsteraner Modell mit finanziellen Hilfen des Bundes rechnen?

293. Abgeordnete **Frau Dr. Walz** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Initiative der Stadt Gütersloh, die gemeinsam mit dem Verlag Bertelsmann AG Reinhard Mohn eine „Stadtbibliothek Gütersloh GmbH" gegründet hat, und welche Konsequenzen könnten sich aus diesem Kooperationsmodell für die weitere Förderung des öffentlichen Bibliothekswesens in der Bundesrepublik Deutschland ergeben?

294. Abgeordnete **Frau Dr. Walz** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung angesichts solcher kommunaler und privater Initiativen sowie entsprechender Kooperationsmodelle den Versuch und die Forderungen der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr – z. B. in Nordrhein-Westfalen –, mit Hilfe von gesetzlichen Regelungen solche Eigeninitiativen in Zukunft grundsätzlich unmöglich zu machen?

295. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, von der Beibringung üblicherweise geforderter Unterlagen bei der Gewährung von BAföG dann abzusehen bzw. großzügiger zu verfahren, wenn die Beibringung dieser Unterlagen von der Mitwirkung eines geschiedenen Ehegatten abhängt und dieser trotz Bußgeldandrohung nicht bereit ist, die nötigen Angaben zu liefern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

296. Abgeordneter **Dr. Hüsch** (CDU/CSU)

Was hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit veranlaßt, den mit einem auf mehr als 100 000 DM geschätzten Kostenaufwand hergestellten Film „Hoffnung für Bhaktapur" nicht in die Veröffentlichung und die Ausleihe zu geben?

Bonn, den 7. Dezember 1979